



# Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei

Nr. 89

Juni  
II/2020

**DIE LINKE.**



**Militär –  
katastrophal auch für die Umwelt**

## Editorial

Krieg und Umwelt stehen in einem direkten Zusammenhang, werden doch die Kampfmittel zu Lande, in der Luft und im Meer eingesetzt. Kriege führen immer dazu, dass die Grundlagen für das Leben der Menschen und der übrigen Organismen zerstört oder zumindest stark gefährdet werden. (Der Begriff umweltzerstörend ist in diesem Sinne nicht richtig, da ja die Umwelt an sich nicht zerstört werden kann, sie verändert sich nur mehr oder weniger. Aber im Alltag wird der Begriff umweltzerstörend eben sehr anthropozentristisch aufgefasst und wird in diesem Sinne hier auch gebraucht.) Das sind dann sogenannte Kollateralschäden. Die von den NATO-Staaten angezettelten Kriege der jüngsten Zeit in Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen wurden von schwersten Umweltzerstörungen begleitet. Neben der Zerstörung der Infrastruktur wurden Zivilisten und Tiere getötet und die Ernährungsgrundlagen teilweise zerstört.

Aber immer häufiger werden auch Naturereignisse Auslöser von Konflikten. Die Dürreperioden in Nahost waren eine Ursache für Bürgerkriege, die Klimawandelfolgen in der Sahelzone führten zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Nach Angaben des Stockholmer International Peace Research Instituts (SIPRI) werden gegenwärtig 25 Prozent der gegenwärtigen Umweltschäden durch Militär verursacht: Militäreinsatz und Umweltschutz schließen sich absolut aus. Die massive Zerstörung der natürlichen Umweltbedingungen in Kampfgebieten erfolgt physikalisch durch radioaktive Strahlung beim Einsatz von DU-Munition, chemisch durch die Zerstörung von Chemiefabriken, was einem Giftgasangriff ähnelt, und biologisch durch Brände und den Verlust an Tieren und Menschen. In vielen Fällen ist die Natur nicht mehr regenerierbar und langfristig verändert oder beeinträchtigt.

Die Staaten der Welt kümmern sich immer weniger um die im Rahmen der UNO abgeschlossenen Verträge zum Schutz der Natur und der Zivilisten. Krieg gegen die Natur ist zum taktischen Kriegsziel geworden, um die Bevölkerung zu bestrafen, wenn sie einen „Regime Change“ nicht will. Die US-Amerikaner haben wichtige Abrüstungsverträge gekündigt, um schrankenlos aufzurüsten. Die weltweite Militarisierung und die Kriegsgefahr steigen.

Die Friedensbewegung ist gegenwärtig nicht in der Lage, diese völkerrechtswidrige Entwicklung aufzuhalten und gewaltfreie Lösungen von Konflikten international durchzusetzen. Umso wichtiger ist es, allen Friedenswilligen und Friedenskämpfern Diskussionsmaterial in die Hände zu geben für eine Diskussion mit noch zögernden Menschen. Dieser Aufgabe dient ein wesentlicher Teil der Artikel in diesem Heft. Zu diesem Thema gibt es auch einige Broschüren, auf die am Ende der Zeitschrift hingewiesen wird.

Die Redaktion

zum Titelbild: In der Kyritz-Ruppiner Heide weisen viele Schilder auf die Gefahren hin, dass man die Flächen nicht betreten darf. Das wäre doch eine sinnvolle Aufgabe für die Bundeswehr, die Altlasten auf diesen Flächen (und z. B. in der Nord- und Ostsee) zu beseitigen, statt Geld und Ressourcen auf militärischen weltweiten Abenteuern zu vergeuden.

## Impressum

**Herausgeber:** SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform; ISSN 2195-027X

**Redaktion:** tarantel@oekologische-plattform.de  
(ausschließlich für Belange der Tarantel)

**Layout:** Hans-Jürgen Paasch, Oeste, [www.buchgestalter.eu](http://www.buchgestalter.eu)

**Kontakt:** Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE;  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**E-Mail:** oekoplattform@die-linke.de

**Internet:** [www.oekologische-plattform.de](http://www.oekologische-plattform.de)

**Die ÖPF** ist ein anerkannter Zusammenschluss der LINKEN und bundesweit aktiv.

**Redaktionsschluss:** 15. 8. 2020

**Beiträge,** Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in maschinenlesbarer Form per E-Mail einsenden oder das Formular auf <https://www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel/> benutzen. Ein Anspruch auf Rückgabe unverlangt eingesandter Beiträge in Papierform wird ausgeschlossen. Über eine Veröffentlichung entscheidet der SprecherInnenrat, der sich sinnwahrende Kürzungen und ggf. Umformulierungen vorbehält.

**Veröffentlichte Beiträge,** auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne weitere Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

**Geplanter Redaktionsschluss** für die nächste Ausgabe: 15. 9. 2020

**Elektronische Fassungen** dieser und älterer Ausgaben unter [www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel](http://www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel)

**Bestellung/Adressänderung:**

[kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de) oder

<https://www.oekologische-plattform.de/mitgliedschaft/>

**Spenden** für die „Tarantel“ und ÖPF: Partei DIE LINKE;

IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00; BIC: BEVODEBB;

Verwendungszweck: Ökologische Plattform – Spende

**Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen** bei

Adressen/Abonnement der Tarantel bitte über

[kontakt@oekologische-plattform.de](mailto:kontakt@oekologische-plattform.de) oder

<https://www.oekologische-plattform.de>



## Klima, Krisen, Kriege

Kathrin Vogler

„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“ (Karl Marx, MEW Bd. 25, S. 784)

Die Klimakrise ist keine Zukunftsprojektion, sie hat bereits begonnen. Die Luft an der Erdoberfläche hat sich bereits deutlich erwärmt. Im Jahr 2019 lag die mittlere globale oberflächennahe Lufttemperatur um rund 0,95 °C\* höher als das Mittel im 20. Jahrhundert. Damit war 2019 das zweitwärmste Jahr seit Beginn der Auswertungen.<sup>1</sup> In Deutschland, Belgien und den Niederlanden wurden an einzelnen Messpunkten im Juli 2019 ungewöhnliche Werte von über 40 °C gemessen.

Seit mehreren Jahrzehnten zeigt sich ein klarer Aufwärtstrend. Die Mitteltemperatur an der Erd- und Wasseroberfläche hat in den vergangenen Jahrzehnten stetig zugenommen. Seit den 1960er Jahren war jedes Jahrzehnt wärmer als das vorherige.

Neun der zehn wärmsten Jahre überhaupt seit Beginn der Aufzeichnungen traten nach dem Jahr 2005 auf, die Fünfjahresperiode von 2015 bis 2019 war die wärmste überhaupt.<sup>2</sup>

In Deutschland ist die mittlere jährliche Durchschnittstemperatur bereits um 1,5 K angestiegen, für die Natur und den Menschen hat das erhebliche Folgen.

So ergab eine Analyse von 500 ausgewählten heimischen Tierarten, dass der Klimawandel für 63 von ihnen ein hohes Risiko darstellt; am stärksten betroffen sind Schmetterlinge, Weichtiere (z. B. Schnecken) und Käfer.<sup>3</sup> Mehr Hitze und Trockenheit bedeutet nicht nur, dass Tier- und Pflanzenarten aussterben, sondern auch, dass die Blühzeiten der Pflanzen nicht mehr mit

der Flugzeit bestäubender Insekten übereinstimmen.<sup>4</sup> Trockenheit, Hitze oder Starkregen beeinträchtigen das Pflanzenwachstum, und Nutztiere legen weniger Eier oder geben weniger Milch. Insekten, die die angebauten Pflanzen befallen, werden in wärmeren Wintern nicht mehr durch Frost natürlich reduziert. Dies alles führt durch Ertrags- und Ernteausfälle zu steigenden Preisen für Grundnahrungsmittel. Zudem greifen die Bauern mehr zum Einsatz von Pestiziden, was weitere Umweltschäden vorprogrammiert.

Wenn es schon in Deutschland erhebliche Folgen für die Nahrungsproduktion gibt, wie sieht es erst in Ländern aus, die ohnehin trockener und wärmer sind?

Als Beispiel nehmen wir den Südsudan. Das Land im Osten Afrikas ist erst 2011 nach einem jahrzehntelangen Krieg selbstständig geworden. Der Südsudan ist ein reiches Land, wenn man die Erdölvorräte zum Maßstab nimmt. Von diesem Reichtum kommt aber bei der Masse der Bevölkerung wenig an.<sup>5</sup> Die Landwirtschaft leidet noch immer unter den Folgen des Unabhängigkeitskriegs und unter schlechten Transportwegen, die es unmöglich machen, die Produkte auf den Markt zu bringen.

In der trockenen Sahelzone, zu der das Land gehört, leben seit Jahrtausenden Ackerbauern und Viehzüchter in einer sorgsam ausbalancierten Gemeinschaft: Die wandernden Viehzüchter kamen in der Regel dann über die Ländereien der sesshaften Bauern, wenn dort genug Wasser und Futter für ihre Herden war, ohne die Felder zu zerstören. Durch die Verschiebung des Klimas und der Jahreszeiten funktioniert dieses Gleichgewicht immer weniger. Auch die Folgen des Krieges stören das Gleichgewicht, zum Beispiel durch Minen auf den Äckern und Transportwegen. In der Folge entstehen Konflikte um Wasser und Land, die schnell gewalttätig werden.

Dabei ist ein weiterer Faktor von Bedeutung: Durch den jahrzehntelangen Bürgerkrieg ist das Land voller Waffen und voller Menschen, die sie benutzen können, aber sonst wenig Einkommenschancen haben. Jeder Konflikt um Wasser, Land oder andere Ressourcen droht daher schnell zu eskalieren.

Außerdem nutzen machtgierige Politiker, die von den Erdölquellen profitieren wollen, diese Situation

\* Die eigentliche Maßeinheit der thermodynamischen Temperatur ist Kelvin (SI-Basiseinheit). Diese Einheit wird auch zur Angabe von Temperaturdifferenzen verwendet. In Deutschland gilt allerdings auch noch Grad Celsius (°C) für beides. Die Verwendung von Grad (grad) für die Angabe von Differenzen ist heute aber nicht mehr zulässig. Celsiuswerte ergeben sich aus den Kelvinwerten durch die Addition von 273,15 (Anmerkung d. Red.)

1 US National Oceanic and Atmospheric Administration (NOAA): Assessing the Global Climate in 2019. – <https://www.ncei.noaa.gov/news/global-climate-201912> (2020-05).

2 Ebd.

3 Rabitsch, Wolfgang; Winter, Marten; Kühn, Elisabeth; Kühn Ingolf; Götzl, Martin; Essl, Franz; Gruttke, Horst (2010): Auswirkungen des rezenten Klimawandels auf die Fauna in Deutschland. – In: Naturschutz und Biologische Vielfalt Heft 9/2010.

4 Vgl. Umweltbundesamt (2019): Veränderung der jahreszeitlichen Entwicklungsphasen bei Pflanzen. – <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/veraenderung-der-jahreszeitlichen#weiterfuehrende-informationen> (2020-05).

5 C.Titz(2019):KriegimSüdsudan–einBombengeschäft.– Spiegel-online, 23.9.2019. – <https://www.spiegel.de/politik/ausland/suedsudan-im-krieg-ein-bombengeschaeft-a-1287219.html> (2020-05).

aus, indem sie Milizen aufstellen und diese um Macht und Einfluss kämpfen lassen. Durch den Bürgerkrieg und seine Folgen ist inzwischen ein Drittel der Bevölkerung auf der Flucht: 2,5 Millionen in den Nachbarländern, 2 Millionen innerhalb des Landes. Fast 9 von 10 Vertriebenen sind Frauen und Kinder.

Im Südsudan, ebenso wie im Sudan (Darfur) ist auch die Bundeswehr im Rahmen einer UN-Mission stationiert.

Ein anderes Beispiel für die Folgen der Klimaveränderungen: Bangladesch<sup>6</sup> in Südasien.

Bangladesh hat 167 Millionen Einwohner und ist außerordentlich dicht besiedelt. Hier leben auf einem Quadratkilometer Land 1144 Menschen. Zum Vergleich: Bei uns in Deutschland sind es 231, in Kanada nur vier. Etwa 80 Prozent der Menschen leben in absoluter Armut, und mehr als 40 Prozent leben von der Landwirtschaft.

Bangladesch liegt am Mündungsgebiet von Ganges, Brahmaputra und Meghna, dem größten Flussdelta der Welt, das aus 230 Flüssen und unzähligen Nebenarmen besteht. In der schon heute von Überflutungen gefährdeten Küstenregion befinden sich 30 Prozent des bebaubaren Landes; 35 Mio. Menschen leben in diesen Gebieten. Zwei Drittel des Landes liegen weniger als 5 Meter über dem Meeresspiegel. Sollte sich das Weltklima um vier Grad Celsius erwärmen, würde das gesamte Tiefland des Landes, einschließlich der Hauptstadt Dhakka, unter Wasser stehen.

Wenn allein in Bangladesh 167 Millionen Menschen von Vertreibung bedroht sind, wird klar, dass wir uns auf große Völkerwanderungen einstellen müssen, falls es nicht gelingt, die Erderwärmung zu begrenzen.

Die UNO-Flüchtlingshilfe (Office of the United Nations High Commissioner for Refugees [UNHCR]) rechnet damit, dass in den nächsten 50 Jahren zwischen 250 Millionen und eine Milliarde Menschen gezwungen sein werden, ihre Heimat zu verlassen. Das sind jedes Jahr mindestens sechs Millionen neue Vertriebene. Eine für diese Menschen wichtige Entscheidung hat kürzlich der UNO-Menschenrechtsausschuss getroffen, der feststellte, dass Klimaflüchtlinge nicht abgewiesen werden dürfen, wenn ihr Leben in Gefahr sei.<sup>7</sup>

Diese Menschen werden innerhalb ihrer Länder und über Grenzen hinweg fliehen. Sie werden bei einer Katastrophe schnell und in großer Zahl flüchten oder allmählich, wenn die Trockenheit zu groß und das Wasser knapp wird.

Begrenzte natürliche Ressourcen wie Trinkwasser werden noch knapper. Viele Feldfrüchte und einige Vieharten werden in bestimmten Gebieten nicht überleben können, wenn es zu heiß und trocken oder zu kalt und nass wird. Bei anhaltenden Temperaturen über 40 °C können auch Menschen nicht arbeiten und leben.

In seinem Bericht zur Klimaaußenpolitik vom Dezember 2019<sup>8</sup> schreibt das Auswärtige Amt: „Geopolitische Veränderungen ergeben sich auch aus der unterschiedlichen Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels. So werden zum einen Staaten und Regionen mit tieferliegenden Küstengebieten in besonderer Weise betroffen sein, zumal ein Großteil ihrer Wirtschaftskraft in der Regel von den Küstenregionen abhängt. Kleine Inselstaaten ebenso wie fragile Staaten wird der Klimawandel zunehmend überfordern. Zum anderen sind dabei oftmals Gesellschaftsgruppen überproportional betroffen, die ohnehin geringe politische Entscheidungsmacht haben. Dies reicht von Frauen in patriarchalisch geprägten Staaten hin zur indigenen Bevölkerung, deren Lebensgrundlage eine intakte Umwelt ist.“<sup>9</sup> Dabei unterschlägt die Bundesregierung, dass es generell die große Mehrheit der überwiegend armen Bevölkerung ist, die von politischer Entscheidungsmacht ausgeschlossen und den Umweltveränderungen weitgehend schutzlos ausgesetzt ist

Die Klimaerwärmung und die davon ausgelösten Fluchtbewegungen führen nicht automatisch zu Gewalt, aber sie können gewalttätige Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen Staaten auslösen bzw. verschärfen. Weitere Risikofaktoren dafür sind soziale Ungleichheit und Massenarmut, ungleicher Zugang zur Grundversorgung (Nahrung, Schulen, Gesundheit), unfähige oder unzureichende Verwaltung, bereits bestehende politische, ethnische oder religiöse Konflikte, hohe Bevölkerungsdichte sowie das Vorhandensein von Waffen und Kriegserfahrung. Dazu kommen wirtschaftliche und politische Interessen, auch gerade die von Dritten.

Der globalisierte Kapitalismus mit seinem Bedarf an immer mehr Rohstoffen, immer billigerer Energie und Arbeit und immer mehr Märkten und KonsumentInnen ist der große Antreiber für die beiden Überlebensrisiken der Menschheit: den Krieg und die Klimakrise. Längst haben die Militärs die Klimakrise als Risiko, aber auch als Chance erkannt.

6 Vgl. Stefan Ohm (2008): Klimawandel: Dder Fall Bangladesh. – Spektrum.de, 4. 6. 2008. – <https://scilogs.spektrum.de/geo-log/klimawandel-der-fall-bangladesh/> (2020-05).

7 Ntv (2020): Regierung sieht keine „Klimaflüchtlinge“. Neuer UN-Standard beim Asyl – ntv, 22. 1. 2020. – <https://www.n-tv.de/politik/Regierung-sieht-keine-Klimafluechtlinge-article21526558.html> (2020-05).

8 AA (2019): Bericht des Auswärtigen Amts zur Klima-Außenpolitik. – Berlin, Dezember 2019. – <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2295884/ce7a2b35b139dcfec5e74facb68916e6/200124-klimabericht-dl-data.pdf> (2020-05).

9 Ebd.

Schon 2002 hat das Pentagon die US-Regierung darauf hingewiesen, welches Risiko der Klimawandel für die Sicherheit bedeutet. Seit 2014 bezeichnet das US-Verteidigungsministerium ihn sogar als „Gefahr für die nationale Sicherheit“ der Vereinigten Staaten.<sup>10</sup> Die Reaktion darauf ist: Noch mehr Rüstung! Auch die neueste Studie vom Januar 2019, die darauf hinweist, dass die Mehrheit der US-Militärbasen weltweit in den nächsten 20 Jahren vom Klimawandel bedroht ist,<sup>11</sup> wird wohl nicht zu grundsätzlichem Umdenken führen, sondern nur dazu, dass noch mehr Geld für die Auf- und Ausrüstung des Militärs ausgegeben wird. Geld, das wir dringend brauchen würden, um unsere Wirtschaft, unseren Verkehr, unsere Lebensweise nachhaltiger und gerechter zu gestalten.

Das Auswärtige Amt beschreibt in seinem Bericht über Klimaaußenpolitik ökonomische und geostrategische Risiken des Klimawandels und der Transformation:

„Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft mit einer globalen Energiewende wird sich tiefgreifend auf unsere Außenpolitik auswirken. Sie verringert das Risiko für Konflikte um den Zugang zu fossilen Brennstoffen und setzt Anreize für regionale Zusammenarbeit bei der Interkonnektivität. Zugleich schafft sie aber zusätzliche Risiken aufgrund einer möglichen Destabilisierung von Exporteuren fossiler Brennstoffe sowie möglicher „stranded assets“ in Milliardenhöhe. Handelsströme werden sich aufgrund der globalen Energiewende stark verlagern, neue Abhängigkeiten für Rohstoffe wie seltene Erden oder Kobalt können entstehen. Für den internationalen Handel von Wasserstoff muss ein neuer Markt erst noch aufgebaut werden.“

Wenn man das beredte Schweigen der Bundesregierung etwa gegenüber dem Putsch in Bolivien deuten will, so muss man sich bewusst machen, dass dort große Lithium-Vorräte<sup>12</sup> lagern, die die linke Regierung unter Evo Morales verstaatlicht hatte.

Und wenn man den Nahen Osten mit seinen vielfältigen Konflikten verstehen will, so muss man immer bedenken, dass es dort vor fossilen Energien nur so wimmelt. Den staatlichen Akteuren dort ist bewusst, dass ihre Bedeutung als Förderländer möglicherweise

zeitlich begrenzt ist, so dass jeder Einflussgewinn heute ein Beitrag dazu ist, den drohenden Machtverlust in der Zukunft zu verringern.<sup>13</sup>

Zudem wird der Kampf um andere Ressourcen, insbesondere landwirtschaftlich nutzbares Land und sauberes Wasser, immer stärker.

Eine weitere Gefahr beschreibt das Auswärtige Amt in seinem Bericht sehr offen:

„Künftig dürfte sich auch die internationale Diskussion um großmaßstäbliche Eingriffe in das Klimasystem der Erde (sogenanntes Climate Engineering oder auch Geoengineering) intensivieren. Vorausschauende Klimaaußenpolitik muss die Möglichkeit mitdenken, dass einige unserer Partner oder auch private Akteure wie Unternehmen Climate Engineering einsetzen könnten. Intensive Forschung und erste Pilotvorhaben gibt es bereits. Die Auswirkungen auf benachbarte Staaten und damit die außenpolitischen Folgen sind kaum abzusehen.“

Geoengineering<sup>14</sup> fußt auf der großflächigen Beeinflussung ökologischer Systeme. Seine Wirkungsweise kann nicht auf ein einzelnes Land beschränkt werden. Brauchen wir also eine internationale Konvention zur Regulierung von Geoengineering oder gar ein weltweites Verbot?

Zuletzt reden wir noch übers Geld: Während die deutschen Rüstungsausgaben im Jahr 2020 auf über 50 Milliarden Euro ansteigen, verweigert die Bundesregierung ausreichende Investitionen in den Klimaschutz. Allein der Bundeswehretat soll von 2015 bis 2025 um etwa 30 Milliarden Euro steigen und damit fast verdoppelt werden. Was könnte man damit machen?

Zum Beispiel den Nahverkehr für alle ticketfrei machen, und den Ländern und Kommunen die 13 Mrd. € an Einnahmeausfällen erstatten. Ein für die NutzerInnen kostenfreier ÖPNV müsste natürlich auch ausgebaut werden. Verkehrsexperte Winfried Wolf beziffert den Förderbedarf dafür auf 10 Mrd. € jährlich. Zwei der sieben Milliarden, die dann noch übrig wären, könnte man in den Bau von 100 000 Solaranlagen jährlich (1 Mrd. €) sowie einen besseren Küstenschutz (0,5 Mrd. €) investieren und die Mittel für die Aufforstung der geschundenen Wälder verdoppeln (0,5 Mrd. €). Das macht deutlich: Klimaschutz und Abrüstung sind zwei Seiten einer Medaille!

10 Davenport, Coral (2014): Pentagon signals security risks of climate change. – The New York Times, 13. 10. 2014. – <https://www.nytimes.com/2014/10/14/us/pentagon-says-global-warming-presents-immediate-security-threat.html> (2020-05).

11 AFP (2019): Pentagon: Großteil der US-Militäreinrichtungen durch Klimawandel bedroht. – Welt, 19. 1. 2019. – <https://www.welt.de/newsticker/news2/article187334548/Klima-Pentagon-Grossteil-der-US-Militaereinrichtungen-durch-Klimawandel-bedroht.html> (2020-05).

12 Ismar, Georg (2018): Deutschland greift nach dem „weißen Gold“. Lithium in Bolivien. – ZDF, 12. 12. 2018. – <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/vertrag-mit-bolivien-deutschlands-griff-nach-weissem-gold-100.html> (2020-05).

13 Hier am Beispiel Saudi-Arabien: Gehlen, Martin (2018): Keine Lust auf anstrengende Jobs. – Zeit online, 23. 7. 2018. – <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-07/saudi-arabien-mohammed-bin-salman-oel-wirtschaft-modernisierung> (2020-05).

14 Vgl. Umweltbundesamt (2011): Geo-Engineering wirksamer Klimaschutz oder Größenwahn? – <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/4125.pdf> (2020-05).

## Zerstörung der Lebensgrundlagen der Zivilbevölkerung durch Krieg

Götz Brandt

Bereits in vergangenen Epochen gab es Handlungen von Kriegsparteien, die auf eine Beeinträchtigung der Lebensgrundlagen der beteiligten Völker abzielten: Abbrennen von Dörfern und Städten, Vergiftung von Brunnen, Raub des Eigentums usw. Aber erst in moderner Zeit wurde die Zerstörung der Infrastruktur Hauptkriegsziel, um einen „Regime Change“ und eine Befreiung von „bösen Diktatoren“ zu erzwingen, die die Rohstoffe ihres Landes nicht den Weltkonzernen ausliefern wollten.

Bereits im Zweiten Weltkrieg wurde sowohl die Taktik der „verbrannten Erde“ beim Rückzug der Wehrmacht aus der Sowjetunion angewendet als auch der Bombenkrieg der westlichen Alliierten gegen deutsche Städte mit dem Ziel geführt, dem Gegner nichts an Ressourcen zurückzulassen bzw. die Bevölkerung gegen Hitler aufzuwiegen. Der Vormarsch der russischen Truppen wurde nicht aufgehalten, die deutsche Bevölkerung hielt mehrheitlich zu Hitler bis zum „Endsieg“. Schon damals war diese Taktik der Kriegsführung völkerrechtswidrig und verbrecherisch. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 wurde missachtet.

Die Bombenangriffe auf die Hauptstadt Berlin während des Zweiten Weltkriegs hatten zum Ziel, Wohnraum zu zerstören und die Infrastruktur zu blockieren. 28,5 von 187 km<sup>2</sup> der bebauten Fläche wurden völlig zerbombt. Die Zahl der Arbeitsstätten ging um 57,6 Prozent zurück. Die Einwohnerzahl halbierte sich von 4,3 Mio. 1939 auf 2,8 Mio. 1945. Von 649 Schulen wurden 276 zerstört. Die Zahl der Krankenhausbetten sank von 33 000 auf 8500. Von 400 Kinos blieben 20 intakt. Es entstanden 75 Mio. m<sup>3</sup> Trümmer, die einen 30 m breiten und 5 m hohen Wall bis nach Köln ergeben hätten. Alle diese Zerstörungen haben die Kampfkraft der deutschen Aggressionsarmee „Wehrmacht“ kaum beeinflusst.

Gipfel des Wahnsinns war dann der bewusste Einsatz von Atombomben gegen die Zivilbevölkerung in Hiroshima und Nagasaki – nicht deshalb, um den Zweiten Weltkrieg in Asien zu beenden, sondern vor allem, um gegenüber der Sowjetunion zu drohen und Überlegenheit zu demonstrieren. Noch heute sterben Menschen an den Spätfolgen, insgesamt inzwischen bald eine halbe Million. Die USA wurden bis heute deswegen nicht zur Verantwortung gezogen.

Die Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung wurde durch die USA in den letzten Jahrzehnten perfektioniert. Vietnam mit Napalm und Agent Orange war nur der Anfang.

Die Taktik der Zerstörung von Infrastruktur und Arbeitsplätzen wurde in Jugoslawien, dem Irak, in

Syrien, in Libyen und im Jemen angewandt. Der Angriff mit Bombern und Marschflugkörpern hielt die eigenen Verluste in Grenzen. – Was wurde zerstört? Wohnhäuser, Versorgungsanlagen für Strom, Wasser, Abwasser, Kanalisation und Bewässerung, Anlagen der Kommunikation (Telefon-, Fernseekabel), Stützpunkte von Feuerwehr und Polizei, Schulen, Kitas, Bibliotheken, Universitäten, Krankenhäuser und Pflegeheime, Brücken, Straßen, Straßenbahnen, Geleise und Busse. Die gesamte Infrastruktur wurde systematisch, zielgenau und gründlich zerstört. Aber die Zerstörungen führten nicht dazu, dass die Bevölkerung sich gegen die Regierungen auflehnte. Jahrelange Bürgerkriege mit US-amerikanischer Unterstützung haben die betroffenen Länder noch tiefer in den Ruin geführt.

Um beispielsweise in Syrien die Infrastruktur wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen, sind nach Schätzung der UNO 300 Mrd. \$, nach syrischen Schätzungen 400 Mrd. \$ und nach anderen Experten etwa 1 Bio. \$ erforderlich, was selbst im günstigen Fall einer Finanzierung durch das Ausland mindestens 15 Jahre erfordert. Ein Viertel der Wohngebäude sind in Syrien zerstört, in Aleppo 30 Prozent.

Auch im Jemen wurde mit über 20 000 Luftangriffen der Saudis mit Waffen, die zu 50 Prozent aus den USA stammten, Moscheen, Marktplätze, Wohnhäuser, Schulen, selbst Schulbusse, besetzt mit Kindern, angegriffen und zerstört. Die Menschen sterben nicht mehrheitlich durch Bombensplitter, sondern durch Hunger und Krankheiten (Cholera, Diphtherie, Durchfall), die dann nicht behandelt werden können, weil auch die Einrichtungen des Gesundheitswesens zerstört wurden.

Es handelt sich eindeutig um Völkermord (Genozid) und um Kriegsverbrechen sowie um „Komplizenschaft am Genozid“ durch die Waffenlieferanten. Aber es fehlt die internationale Anklage und ein Tribunal zur Verfolgung dieser Straftaten. Ein Kriegsverbrechertribunal wie es 1945/46 in Nürnberg zu den Verbrechen der Nazi-Herrschaft gegeben hat, wäre notwendig.

Das vom UNO-Sicherheitsrat 1993 errichtete „Internationale Strafgericht zur Verfolgung von Verletzungen des humanitären Völkerrechts“ (Haager Tribunal) diente bisher nur der Verfolgung von Delikten im ehemaligen Jugoslawien (1993), der Massenmorde in Ruanda (1994), der Taten der Roten Khmer (2003) und der Terrorakte im Libanon (2005). Da die USA, China, Indien, Russland, die Türkei und Israel das Abkommen nicht ratifiziert haben, gilt diese Gerichtsbarkeit nicht für deren Territorien und Angehörigen. 123 andere Staaten haben das Abkommen unterzeichnet, auch



alle EU-Staaten. Es wäre möglich, Deutschland wegen seiner Waffenlieferungen in Staaten, die Völkermord betreiben, als Komplizen haftbar zu machen.

Dem US-Luftwaffengeneral Curtis E. LeMay wird das bekannte Zitat: „Vietnam in die Steinzeit zurückbomben“ zugeschrieben.

Deutschland war nicht untätig, um seine Feinde vor Gericht zu bringen. Beim BKA wurde eine „Zentralstelle zur Bekämpfung von Kriegsverbrechen“ eingerichtet. Einzeltäter aus Jugoslawien, Ruanda, Kongo, Syrien und Irak wurden angeklagt. Waffenlieferanten, die man wegen Komplizenschaft hätte anklagen können,

## Klimaschädliche Emissionen des Militärs

Markus Pflüger

Ein wenig beachteter Zusammenhang im aktuellen Engagement für Klimaschutz und in der Diskussion um Klimagerechtigkeit ist die Bedeutung von Militär und Kriegseinsätzen, von deren Zielen und deren Folgen für das Klima und für daraus folgende Klimakriege. Der Kampf für eine intakte Natur ist offenbar für viele Menschen greifbarer als die abstrakter erscheinende Frage nach Krieg und Frieden. Einige Zusammenhänge zwischen Krieg und Militär sowie Umweltzerstörung und Klimapolitik sollen hier daher beleuchtet werden. So die Frage, was konkret Luft-, Boden- und Wasserverschmutzungen für Mensch und Umwelt und damit auch für das Klima bedeutet.

Ein Leser auf „Telepolis“ fragte: „Wie viel Klimagas erzeugt eine abgefeuerte Patrone? Wie viel Ressourcen werden dafür klimaschädlich verbraucht? Wie viele werden davon pro Tag abgefeuert? Dieselben Fragen stelle man sich für Kriegsfahrzeuge, wie LKW, Panzer, Flugzeuge, Hubschrauber, Marschflugkörper, alle Arten von Raketen, Munition bzw. Sprengstoffe in Lenkwaffen, Geschossen, Raketen, Bomben. Überall werden Klimakiller frei, bei Herstellung und Verbrauch. Und wie viel Feinstaub wird da jeweils frei, bei einem Panzer, Hubschrauber, einer Hellfire-Rakete?“<sup>1</sup>

Diese Luftverunreinigungen sind sicher eine der klimaschädlichsten Emissionen des Militärs bei all seinen Aktivitäten. Festzuhalten ist also, dass alle Armeen weltweit enorme Mengen an klimaschädlichen Emissionen verursachen, indem sie sich auf Kriege vorbereiten, bei Manövern üben und schließlich im Einsatz selbst, aber auch bei anschließenden Besatzungen. So ist der Treibstoffverbrauch beispielsweise von Kriegsflyern und Kriegsschiffen enorm, entsprechend hoch sind auch die Emissionen. Ein Eurofighter ohne Nachbrennereinsatz verbraucht ca. 70 bis 100 Liter Flugbenzin pro Minute.<sup>2</sup>

Die Rolle von CO<sub>2</sub>-Emissionen des Militärs, auf die für die USA „The Conversation“ aufmerksam gemacht

hat, verdeutlicht die enorme Bedeutung des Militärs für den Klimawandel: „Das US-Verteidigungsministerium ist mit einem Anteil von 77 bis 80 Prozent am gesamten Energieverbrauch der US-Regierung seit 2001 der größte Verbraucher fossiler Brennstoffe. (...) Im Jahre 2017 betrug der Ausstoß von Treibhausgasen im Pentagon über 59 Mio. Tonnen Kohlendioxid-Äquivalent“. Weiter wird errechnet, dass das US-Militär, wenn es ein Land wäre, Platz 55 der größten Treibhausgasemittenten der Welt belegen würde, noch vor Portugal, Schweden oder Dänemark.“<sup>3</sup>

An allen Militärstandorten weltweit ist die Belastung zu spüren. So kritisierte die „Bürgerinitiative Erweiterungsgegner Airbase Spangdahlem“ schon 2003 die Abgasbelastungen für Anwohner des Militärflughafens: „Die Transportmaschinen werden so aufgestellt, dass ihre Abgase in den Ort getrieben werden. Nur 500 m von den ersten Häusern Binsfelds entfernt sollen die Maschinen abgestellt werden.“ Es ging um Triebwerksteststände, wo Triebwerke der Großraumflugzeuge unter Volllast getestet werden. Bei den ersten Wohnhäusern sollte der Abgasstrahl eine Geschwindigkeit von rund 54 km/h haben. Hinzu kamen die Risiken, die der hochgiftige Flugzeugtreibstoff JP 8 mit sich bringt, dazu auch Rußemissionen.<sup>4</sup>

„Nicht nur Dieselfahrzeuge produzieren Feinstaub, sondern auch Flugzeuge beim Verbrennen von Kerosin“, berichtete der Deutschlandfunk anhand einer Schweizer Analysetechnik: „Eine Sekunde Laufzeit entspricht etwa 60 km Autofahrt von einem Euro-6-Dieselfahrzeug mit Filter.“<sup>5</sup>

3 Crawford, Neta°C. (2019): The Defense Department is worried about climate change – and also a huge carbon emitter. – The Conversation, 12. 6. 2019. – <https://theconversation.com/the-defense-department-is-worried-about-climate-change-and-also-a-huge-carbon-emitter-118017> (2020-06).

4 Jansen, Harald P. (2003): „Pläne müssen geändert werden“. – volksfreund, 9. 2. 2003. – [https://www.volksfreund.de/region/bitburg-pruem/plaene-muessen-geaendert-werden\\_aid-5679754](https://www.volksfreund.de/region/bitburg-pruem/plaene-muessen-geaendert-werden_aid-5679754) (2020-06).

5 Mrasek, Volker (2016): Feinstaub kommt auch von oben. Abgase im Flugverkehr. – Deutschlandfunk, 31. 5. 2016. – [https://www.deutschlandfunk.de/abgase-im-flugverkehr-feinstaub-kommt-auch-von-oben.676.de.html?dram:article\\_id=355766](https://www.deutschlandfunk.de/abgase-im-flugverkehr-feinstaub-kommt-auch-von-oben.676.de.html?dram:article_id=355766) (2020-06).

1 <https://www.heise.de/forum/Telepolis/Kommentare/Klimapolitik-als-Knackpunkt-einer-Jamaika-Koalition/Worueber-keiner-redet-Krieg-ist-der-groesste-Klimakiller-sogar-schlimmer-als/posting-31107551/show> (2020-06).

2 Eurofighter „Typhoon“. – [eurofighter.airpower.at/technik-daten.htm](http://eurofighter.airpower.at/technik-daten.htm) (2020-06).

## „Regierungsrohstoffe“ – „Rebellenrohstoffe“

Götz Brandt

Diese Begriffe werden häufig für den Abbau von Ressourcen in Afrika verwendet. Bei den Regierungen in den ehemaligen Kolonien, heute als Entwicklungsländer bezeichnet, handelt es sich meist um korrupte Regimes, die sich beim Abbau von Ressourcen gegen Verstöße gegen die Menschenrechte oder gegen die Umwelt nicht wehren können oder wollen. Die Regierungsmitglieder wollen sich vor allem bereichern. Es gibt zwar seit 1966 den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPwskR, UN-Sozialpakt) und den Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR, UN-Zivilpakt), von der UNO verabschiedet und 1976 in Kraft getreten, aber in den Entwicklungsländern werden diese völkerrechtlichen Verträge immer wieder verletzt.

„Regierungsrohstoffe“ benötigen zu ihrer Gewinnung große Kapitalien für Erkundung, Ausrüstungen, Verarbeitung und Transport der Rohstoffe, eine hochentwickelte Technologie und Know-how. Da hohe Investitionssummen langfristig angelegt werden müssen, geht es auch um stabile politische Verhältnisse in den betreffenden Ländern. Es handelt sich vor allem um Erdöl, Erdgas, Holz. Rohstoffreichtum kann die Entwicklung eines Landes stark behindern, der sogenannte „Ressourcenfluch“. Nämlich dann, wenn die Regierung korrupt ist, sich bereichert und das Volk darben lässt. Oft entsteht dann ein Bürgerkrieg, weil andere Gruppen etwas vom Ressourcenkuchen abhaben wollen. Der „Ressourcenfluch“ („Paradox of plenty“) trifft z. B. auf die DR Kongo zu, wo in Bürgerkriegen seit 1996 insgesamt 5,4 Mio. Menschen umgekommen sind. Die ehemalige Kupferprovinz Katanga zeigt, dass es dabei sogar zur Abspaltung von Landesteilen kommen kann. Ein anderes Beispiel dafür ist das ölreiche Biafra in Nigeria, wo es in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre deshalb zum sogenannten Biafrakrieg kam.

Es gibt auch rohstoffreiche Länder wie Botswana und Malaysia, bei denen der „Ressourcenfluch“ nicht zutrifft. Diese Länder haben sich positiv entwickelt und ihre Infrastruktur ausgebaut.

Besonders bei strategischen Rohstoffen wie Platin, Kupfer, Kobalt, Mangan und Coltan, die unersetzbar, nicht universal verfügbar und langfristig bedeutsam bleiben, gibt es auch immer wieder kriegsrische Auseinandersetzungen. Der Bedarf der Industrieländer übertrifft die einheimischen Vorkommen bei Weitem: So beträgt die Verfügbarkeit eigener Ressourcen der Industrieländer z. B. bei Zinn, Phosphat und Mangan durchschnittlich nur 10 % und bei Bauxit, Kupfer und Eisenerz nur 20 %. Etwa 80 % der Weltreserven an

Coltan (Columbo-Tantalit) findet man im Kongobecken. Für Mobiltelefone und Raketentriebwerke ist dieser Rohstoff unerlässlich.

„Rebellenrohstoffe“ sind Rohstoffe, die an der Oberfläche abgebaut werden können und für deren Gewinnung kaum Maschinen benötigt und auf Fachkräfte verzichtet werden kann. Sie müssen leicht transportierbar und gut zu vermarkten sein, wie es auf Gold und Diamanten zutrifft. Diese Rohstoffe werden arbeitsintensiv gewonnen. In Mittelafrica gibt es etwa 2 Millionen sog. artisanale Bergleute (engl.: artisan – Handwerker), die mit ihren Angehörigen 20 % der Bevölkerung ausmachen. Im Kongo hat der artisanale Bergbau den industriellen Bergbau bereits überholt. Die Arbeiter erhalten geringe Löhne, es werden keine Steuern gezahlt, es gibt keine Umweltstandards, Menschenrechte werden verletzt, Umweltverschmutzungen in Kauf genommen.

Die Diamantenlager im Kongo sind in einem Streifen von 400 km Breite und 160 km Länge von der angolanischen Grenze beginnend quer durch den Kongo zu finden. Die Umweltbelastungen beim Rohstoffabbau sind gravierend. Für einen goldenen Ring entstehen 20 t Abraum. Im Kleinbergbau wird Gold unter Verwendung von Quecksilber gelöst, das nicht wieder zurückgewonnen wird. Es verseucht das Wasser und die Böden werden kontaminiert. Die Fische sterben und die Menschen auch. Im Abraum der Goldminen wird Blei, Cadmium und Arsen gefunden, die nicht minder giftig sind. Die Lebensgrundlagen der Bevölkerung werden eingeschränkt. Bei Protest werden die Ansässigen vertrieben, ihr Eigentum geraubt und zerstört, die Frauen vergewaltigt. Die Umweltverschmutzungen beim Erzabbau verursachen Krankheiten. Die Minenarbeiter erhalten keine Arbeitsverträge, Gewerkschaften werden nicht zugelassen, Kinderarbeit ist weit verbreitet. Journalisten, die das aufdecken, werden verfolgt und sogar ermordet.

Es werden aber auch „Regierungsrohstoffe“ von den „Rebellen“ erbeutet, indem Erdölpipelines angezapft werden oder technisches Personal entführt wird. Die Globalisierung hat die Selbstfinanzierung illegaler bewaffneter Gruppen vereinfacht, indem über Grenzen hinweg Geschäfte gemacht und Waffen eingekauft werden können. Es geht bei den Rebellengruppen weniger um ethnische Abgrenzungen oder religiöse Zugehörigkeit, obwohl das manchmal als Ursache der Kämpfe angegeben wird. Es geht vor allem um Bereicherung. Diese Rebellengruppen werden wiederum von Regierungstruppen, ausländischen Armeen und UN-Truppen bekämpft – Krieg als „Weiterführung der Wirtschaft mit anderen Mitteln“.



Auch auf Grund dieser Tatsachen initiierte UN-Generalsekretär Kofi Annan 1999 auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos einen „Global Compact“ der Vereinten Nationen, um die Globalisierung sozialer und ökologischer zu gestalten, mit dem Ziel, globale Standards bei den Menschenrechten, dem Umweltschutz, den Arbeiterrechten und bei der Korruptionsbekämpfung einzuhalten. Dieser wurde 2000 gestartet, Vertragsteilnehmer der UNO sind dabei die Unternehmen. Allerdings sind

die Grundsätze minimale Standards, die von den meisten Staaten sowieso akzeptiert werden und bereits in den nationalen Gesetzgebungen eingeflossen sind. Die Einhaltung dieser Richtlinien ist außerdem freiwillig, wird nicht kontrolliert, und Sanktionen sind nicht vorgesehen – also unverbindlich.

Literatur: Maja Liebing: Nachhaltige Nutzung mineralischer Rohstoffe am Beispiel der DR Kongo. 2009 ISSN 1432-8283

## Verteidigungspolitische Richtlinien Deutschlands

Markus Pflüger

„Für fast alle Kriege der letzten Jahre lässt sich nachweisen, dass der Zugang zu Erdöl, Erdgas und anderen Rohstoffen sowie den Transportwegen zu den wesentlichen Kriegsgründen zählt“, so der IPPNW im Beitrag „Deutschland und die Rohstoffkriege“ mit Beispielen aus dem Sudan, Kongo und Zentralasien.<sup>1</sup> Wichtig in diesem Zusammenhang sind die offenen und verdeckten Ziele von Kriegeinsätzen, so geht es meistens um den Zugang zu Ressourcen und Märkten. Konkret sind Öl- und Gas-, aber auch Uranvorkommen und andere Rohstoffe wie Coltan, Kobalt und Kupfer wichtige Kriegsfaktoren.

Bereits die Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahre 1992 benannten dies auch konkret als Ziel der Bundeswehreinsätze: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Wirtschaftsordnung“. Auf die Definition des Begriffs „gerechte Wirtschaftsordnung“ durch die Bundesregierung wartet man vergeblich. Die Friedensbewegung kritisiert, dass dies „der deutschen Wirtschaft den gewaltsamen Zugriff auf Ressourcen und Handelswege“ ermöglichen soll.<sup>2,3</sup>

In der aktuellen Fassung der Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011 liest sich das inzwischen so: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu

geordnet. Verknappung von Energieträgern und anderer für Hochtechnologie benötigter Rohstoffe bleiben nicht ohne Auswirkungen auf die Staatenwelt. Zugangsbeschränkungen können konfliktauslösend wirken. Störungen der Transportwege und der Rohstoff- und Warenströme, z. B. durch Piraterie und Sabotage des Luftverkehrs, stellen eine Gefährdung für Sicherheit und Wohlstand dar. Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit eine wachsende Rolle spielen.“<sup>4</sup>

Auch die EU hat entsprechende Ambitionen, die mit der Militarisierung korrespondieren. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac kritisierte deswegen 2011 die Rohstoffinitiative der EU: „Die Europäische Union fordert in ihrer neuen Rohstoffinitiative den schrankenlosen Zugang zu Rohstoffen und übt dabei massiven Druck auf die Exportländer aus. In kolonial anmutender Weise wird Entwicklungshilfe vom Zugang zu Rohstoffen abhängig gemacht. Entwicklungspolitik wird zum willfährigen Instrument wirtschaftsliberaler Interessen. Sogar der Einsatz von militärischen Mitteln zur Deckung des steigenden Rohstoffbedarfs ist eingeplant.“<sup>5</sup>

Anders ausgedrückt: Kriege verbrauchen enorme Mengen an fossilen Treibstoffen, um an solche Lagerstätten für solche Treibstoffe heranzukommen. Konkret sind wahrscheinlich die letzten Reserven des schwarzen Goldes im Persischen Golf und dem Kaspischen Meer strategisch wichtig und überschneiden sich mit den Kriegsschauplätzen der jüngsten Geschichte. Weitere Faktoren für Rohstoffkriege sind auch geostrategische Zugänge wie Häfen und Pipelines, die wichtig sind für Abbau, Transport, Vertrieb und Verkauf. Entscheidend ist letztendlich, wer den Zugriff auf die Ressourcen hat und am meisten von ihnen profitiert.

1 Paulitz, Hendrik (o. J.): Deutschland und die Rohstoffkriege. Zur Diskussion. – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW). – <http://www.ippnw.de/frieden/energie-krieg-frieden/artikel/de/deutschland-und-die-rohstoffkriege.html> (2020-06).

2 BMV (1992): Verteidigungspolitische Richtlinien. – NGO. Die Internet-Zeitung. – <https://www.ngo-online.de/2001/11/267verteidigungspolitische-richtlinien-1992> (2020-06).

3 Rohstoffkriege der Wirtschaftsmächte. „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ – NGO. Die Internet-Zeitung, 12. 3. 2003. – <https://www.ngo-online.de/2003/03/12/verteidigungspolitische-richtlinien/> (2020-06).

4 BMV (2011): Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten. – <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/730634/383a8886aa1d1774920562ded11600d/verteidigungspolitische-richtlinien-download-bnvg-data.pdf?download=1> (2020-06).

5 Attac (2011): Rohstoffraub. – [attac, AG Welthandel/WTO. – https://www.attac-netzwerk.de/ag-welt-handelwto/rohstoffraub/](https://www.attac-netzwerk.de/ag-welt-handelwto/rohstoffraub/) (2020-06).

„Aufgrund knapper werdender Ressourcen muss sich die Welt in Zukunft auf Rohstoffkriege einstellen“ heißt es in einer Studie der Transatlantic Academy zur Ressourcenknappheit aus dem Jahre 2012. Rohstoffe seien häufig nicht die einzige, aber oft die entscheidende Ursache von Konflikten. „Die Leitidee des westlichen Luxuslebens und des Wirtschaftswachstums, das sich auf einen immer stärkeren Ressourcenverbrauch gründe, müsse überdacht werden.“<sup>6</sup>

Prognostiziert werden „gewaltsame Auseinandersetzungen und regelrechte Kriege um die verbleibenden Nahrungsquellen, landwirtschaftlich nutzbaren Böden und bewohnbaren Flächen“. Von Kriegszuständen wie in Libyen, Syrien und dem Jemen ist die Rede: „Manche Leute werden bleiben und um ihr Überleben kämpfen; andere werden abwandern und so gut wie

sicher auf wesentlich gewaltsamere Formen jener Feindseligkeit stoßen, die Einwanderern und Flüchtlingen in ihren Zielländern schon heute entgegen schlägt. Somit würde es unausweichlich zu einer weltweiten Epidemie von Bürgerkriegen und anderen gewalttätigen Auseinandersetzungen um Ressourcen kommen.“<sup>7</sup>

Krieg ist ein Instrument innerhalb der kapitalistischen Logik der Mächtigen und des militärisch-industriellen Komplexes. Während die Hauptverursacher von Kriegen, Klimawandel und Flucht im globalen Norden sitzen, hat der globale Süden die gravierendsten Folgen der Kriege und des Klimawandels zu tragen. Es geht darum, das System am Laufen zu halten und den Profit und die Macht von Wenigen auch mit Gewalt und zulasten von Mensch und Klima zu sichern.

6 Focus (2012): Wie sich Rohstoff-Kriege noch verhindern lassen. Studie zu knapp werdenden Ressourcen. – 6. 6. 2012. – [https://www.focus.de/finanzen/new/studie-zu-knapp-werdenden-ressourcen-wie-sich-rohstoff-kriege-noch-verhindern-lassen\\_aid-763545.html](https://www.focus.de/finanzen/new/studie-zu-knapp-werdenden-ressourcen-wie-sich-rohstoff-kriege-noch-verhindern-lassen_aid-763545.html) (2020-06).

7 Klare, Michael T. (2015): Klima und Krieg. Der Pariser Gipfel als Friedenskonferenz. – Blätter für deutsche und internationale Politik 12'15. – <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2015/dezember/klima-und-krieg> (2020-06).

## Ökologische Konversion militärischer Liegenschaften

Karl-Heinz Peil

Die Ankündigung der US-Administration zum Teilabzug von US-Soldaten aus Deutschland hat eine Debatte beflügelt, die bereits seit langen Jahren mehr oder weniger präsent ist. Welche sinnvolle Nachnutzung ist für militärisch genutzte Liegenschaften möglich?

Dazu zunächst ein kurzer Blick auf die Historie. Nach 1990 wurden in mehreren Schüben militärische Flächen stillgelegt. Auf Basis des Zwei-plus-Vier-Vertrags zum Anschluss der DDR an die alte BRD (der sogenannten „deutschen Wiedervereinigung“) erfolgte bis 1994 der Abzug der über 500 000 sowjetischen Militärs und Angehörigen. Insgesamt wurden mehr als 1100 Liegenschaften auf ca. 2500 Quadratkilometern an die deutschen Behörden zurückgegeben. Die gesamten Sanierungskosten wurden damals auf 25 Mrd. DM geschätzt. Das führte an vielen Orten auch dazu, dass Kommunen sich nicht in der Lage sahen, die zu erwartenden Kosten zu stemmen und deshalb auf eine zivile Nachnutzung verzichteten. In der alten BRD erfolgten bei einer vergleichbaren Reduzierung von Bundeswehr- und US-Standorten auch zahlreiche Räumungen von innerstädtischen Liegenschaften, deren Übergabe für eine zivile Nutzung in der Regel sehr willkommen war, um die freiwerdenden Flächen für neue Wohn- und/oder Gewerbegebiete zu entwickeln.

Aus ökologischer Sicht ist dieses natürlich eine optimale Lösung, um zivile Erschließungen „auf der grünen

Wiese“ mit Flächenversiegelungen und möglicher Zerstörung von mikroklimatisch notwendigen Kaltluftschneisen für Innenstädte zu verhindern. In strukturschwachen Regionen wird das Militär aber eher als Wirtschaftsfaktor gesehen, vor allem durch zivile Dienstleistungen, die an Militärstandorten erbracht werden.

Exemplarisch festmachen lässt sich diese Ambivalenz an der Militärregion Kaiserslautern. Die bundesweite Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“ fordert die Schließung der Air Base vor allem wegen deren völkerrechtswidrigen Nutzung für den US-Drohnenkrieg, aber auch wegen der Umweltbelastungen durch militärischen Fluglärm und Schadstoffeinträge. Seitens der Landespolitik Rheinland-Pfalz hingegen wurde bisher sogar für den Ausbau der Militärregion geworben, und die maßgeblichen Kommunalpolitiker der Gemeinde Ramstein stehen zur Air Base. Die Air Base Ramstein steht nämlich auch für eine US Community in der Region, die sich einschließlich der Zivilisten (Familienangehörige und US-Dienstleister) auf ca. 50 000 Menschen beziffern lässt. Hinzu kommen noch einige Tausend rein zivile, deutsche Arbeitsplätze. In der Stadt Kaiserslautern werden zwar Bundesliegenschaften von der US Army genutzt, es wurden jedoch auch mehrere Altliegenschaften durch die Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten

(BlmA) nicht für die Kommune freigegeben. Bei dem US-Großmanöver Defender 2020 hat sich nun gezeigt, dass diese Altflächen für das Militär eine willkommene Reservefläche sind, um eine umfangreiche Manöverlogistik abzuwickeln. Durch diese Flächenreservierung in zentraler, innerstädtischen Lage wird die kommunale Entwicklung mit Wohn- und Gewerbegebieten massiv behindert.

## Historische Flächenreduzierung und neuer Gegentrend

Der Gebäudebestand der Bundeswehr verteilt sich aktuell (Stand 2020) auf 264 Standorte mit etwa 1560 Liegenschaften. Darin werden ca. 34 000 Gebäude mit ca. 28 Mio. m<sup>2</sup> Nutzfläche geführt. Vermutlich beinhalten diese Zahlen aber erhebliche Leerstände.

Von den beim Anschluss übernommenen ca. 2280 militärischen Liegenschaften der NVA wurden bis März 1993 über 80 % freigeräumt. Ende 1997 wurden davon nur noch 383 von der Bundeswehr genutzt. 1994 zogen alle sowjetischen Truppen ab und es wurden weitere Standorte aufgegeben. Auch die USA gaben in den 90er-Jahren etwa 600 Liegenschaften auf.

Bereits 2004 wurden 105 Standorte der Bundeswehr geschlossen. 2011 wurden erneut von den 400 Bundeswehrstandorten 31 geschlossen und 90 verkleinert. Das geschah im Zusammenhang mit der Verringerung des Mannschaftsbestands der Bundeswehr bzw. der Aussetzung der Wehrpflicht und Umwandlung in eine Berufsarmee.

Leider ist in jüngster Zeit eine Trendwende zu verzeichnen. Eine Pressemitteilung des BMVg vom Januar 2019 hat den Titel: „Eine wachsende Bundeswehr braucht Platz – Rund 600 Dienstposten und geschätzte 200 Millionen Euro Investitionen für acht zusätzliche Munitions- und Materiallager.“ Im Text heißt es: „Nach fast zweieinhalb Jahrzehnten des Schrumpfens wächst die Bundeswehr wieder. Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen haben sich grundlegend geändert – darauf haben wir mit den Trendwenden Personal, Material und Finanzen reagiert. Mehr Personal und Material bedeuten auch mehr Bedarf an weiterer Infrastruktur. ... Das ist eine gute Nachricht vor allem für die betroffenen Regionen.“

Das US-Militär hat sich in den letzten 15 bis 20 Jahren in Deutschland aus den meisten bis dahin genutzten Standorten zurückgezogen. Dieses betrifft Städte wie Hanau, Heidelberg, Bamberg und Schweinfurt. In den Kasernengebieten wurde vor allem der Wohnungsbau sowohl im Gebäudebestand wie auch durch Neubaugebiete vorangetrieben und so neue Stadtquartiere geschaffen, teilweise auch als Gewerbegebiete. Im Fall der Stadt Mannheim wurde jedoch zum

Ärger der Kommune nach dem 2011 angekündigten und 2015 vollzogenen Abzug der US Army das große Militärgelände der früheren Coleman Barraks von der BlmA nicht freigegeben. Auch hier wäre eine kommunale Nachnutzung – ähnlich wie in Kaiserslautern – dringend erwünscht. In diesem Fall werden aber die Altflächen für die Instandsetzung von US-Panzern und weitere Logistikflächen reaktiviert, was vor allem bei Großmanövern wie Defender 2020 relevant ist.

## Truppenübungsplätze und Naturschutzgebiete

Viele Truppenübungsplätze sind von Naturschutzgebieten umgeben bzw. als solche deklariert. Diese sind durch die EU-Richtlinie Natura 2000 eindeutig definiert. Nachvollziehbar ist die Natura-2000-Klassifizierung, weil sich dort durch das jahrzehntelange Fehlen von landwirtschaftlicher Nutzung einzigartige Biotope erhalten haben. Hinzu kommen teilweise Moore und naturnahe Bäche sowie größere Stillgewässer. Dem gegenüber stehen aber massive Umweltprobleme wie Bodenerosion und Bodenverseuchung durch Schwermetalle und Mineralöle. Teilweise gibt es zudem Lärmbelastungen durch den Übungsbetrieb bei angrenzenden Ortschaften.

Der größte Truppenübungsplatz Deutschlands ist Bergen. Dieser liegt ebenso wie die beiden Übungsplätze Munster-Nord und Munster-Süd in der Lüneburger Heide. Eine Bürgerinitiative, die eine Umwandlung von Bergen in eine Modellregion als UNESCO-Biosphärenreservat anstrebt, verweist darauf, dass die derzeit insgesamt 15 Biosphärengebiete in Deutschland jährlich 65 Mio. Touristen anziehen und damit ca. 86 000 Arbeitsplätze schaffen.

Der Truppenübungsplatz Wittstock (auch Bombodrom genannt) im Nordwesten Brandenburgs wurde von 1952 bis 1993 von den Sowjetischen Streitkräften in Deutschland genutzt. Anschließend gab es langjährigen politischen Widerstand durch eine Bürgerinitiative gegen eine geplante, erweiterte Nutzung durch die Bundeswehr. Im Rahmen der jährlichen, bundesweiten Ostermärsche der Friedensbewegung wurden 2009 in der Wittstock-Ruppinger Heide mehr als 10 000 Teilnehmende gezählt. Erst 2009 gab das BMVg diese Ausbaupläne auf, 2010 wurde der Verzicht auf den Truppenübungsplatz erklärt, der 2011 dann offiziell aufgelöst wurde. Eine touristische Nutzung ist aber auf absehbare Zeit noch nicht möglich, da die notwendige Sanierung aufgrund der extrem hohen Belastung mit Altmunition bereits 2011 mit ca. 500 Mio. Euro angesetzt wurde. Freigegebene Geldmittel der Bundesregierung decken aber bisher nur einen kleinen Bruchteil ab und beinhalten nur notwendige Sicherungsmaßnahmen.



## Richtungsweise Nachnutzungskonzepte

In Sachsen-Anhalt wurde in der Altmark gegen den langjährigen Widerstand der Bürgerinitiative „OFFENE HEIDE“ der Truppenübungsplatz GÜZ (Gefechtsübungszentrum) sehr aufwändig für urbane Einsätze bei Auslandseinsätzen entwickelt. Da hier auch 440 zivile Mitarbeiter beschäftigt werden, ist er aus Sicht der umliegenden Kommunen auch ein Wirtschaftsfaktor, auf den man nicht glaubt, verzichten zu können. Die Bürgerinitiative findet deshalb mit ihrem Widerstand und ihrem Konzept für eine touristische Erschließung als Naturpark lokal wenig Unterstützung, wenngleich in der Großregion der Widerstand sehr groß ist. Bereits 1999 wurde aber seitens der Bürgerinitiative ein richtungsweisendes Konzept unter der Überschrift „Wirtschaftsfaktor Naturpark – Schutzstatus und regionale Effekte des Naturparks Colbitz-Letzlinge Heide“ erarbeitet. Darin wird auch detailliert behandelt, dass Naturschutz und touristische Attraktivität durchaus in einem Spannungsverhältnis stehen, welches jedoch in einer zu erstellenden Ökobilanz auflösbar ist. Das heißt: Ausgewiesene Naturparks stellen kein Wirtschaftshemmnis dar, wenn ein vorhandener Schutzstatus in Teilbereichen beibehalten wird.

## Altlastenbeseitigung und tickende Zeitbomben

Unabhängig von einer Nachnutzung ist aber der Umstand, dass militärisch belastete Flächen als tickende Zeitbomben angesehen werden müssen. Als gravierendstes Problem dieser Art müssen in Deutschland aber nicht die bereits genannten Landflächen, sondern Nord- und Ostsee angesehen werden. Etwa 1,6 Millionen Tonnen Munition und chemische Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg lagern dort auf dem Meeresboden. Nicht nur durch direkte Kriegshandlungen gelangten sie dorthin. Ganze Schiffsladungen mit Munition aus Beständen der Wehrmacht haben deutsche Seeleute auf Befehl der Alliierten nach der Kapitulation Deutschlands ins Meer gekippt. Für deren Bergung oder Beseitigung werden nach aktuellen Schätzungen 70 bis 100 Mrd. Euro veranschlagt. Dafür steht aber nur noch ein begrenztes Zeitfenster von etwa 20 Jahren zur Verfügung, um ein großflächiges Durchrosten der Munition und Freisetzen von Giftstoffen zu verhindern.

Eine vergleichbare Dimension haben perfluorierte Chemikalien (PFC). Diese sind unter dem Namen Polyfluoralkyl-Chemikalien (PFAC) und auch unter den Namen PFOS (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) oder PFT (perfluorierte Tenside) bekannt. PFC wurden in der Vergangenheit sehr massiv durch Feuerlöschschaum verbreitet, der wiederum vor allem bei Übungen

auf Militärflughäfen eingesetzt wurde. Zwar gibt es seit 2008 in Deutschland ein Verbot von Perfluoroktansulfonsäure (PFOS) in Feuerlöschmitteln. Dieses betrifft jedoch nicht alle PFC-haltigen Löschschäume. Bereits in der Bundestagsdrucksache 18/5905 vom 3. 9. 2015, als Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, befindet sich eine Liste mit 22 Liegenschaften im Eigentum der BImA. Diese Liste enthält eine Zuordnung von „Verdacht“ oder „bekannt“ bezüglich Kontamination (von Teilflächen) mit PFC. Bei den 22 aufgeführten Liegenschaften stehen vier unter der Nutzung von US-Militär. Genannt werden mit der Zuordnung (Kontamination PFC) „bekannt“ die US-Flugplätze Ramstein, Spangdahlem und Ansbach-Katterbach. Des weiteren besteht bei dem US-Truppenübungsplatz Grafenwöhr „Verdacht“. Als Eigentümerin erfüllt die Bundesanstalt gesetzliche Verpflichtungen zur Gefahrenabwehr, die sich aber in einem Gerichtsprozess des Eifel-Landkreises Bitburg-Prüm gegen die BImA als Vertreter des Bundes wegen der bereits vorhandenen, massiven PFC-Belastung im Grundwasser für nicht mehr zuständig erklärte.

## Fazit

Durch die Konversion der stationären militärischen Infrastruktur können wichtige kommunale und regionale Entwicklungen zugunsten von Wohn- und Gewerbegebieten auf bereits erschlossenen Flächen angestoßen werden. Vorhandene Truppenübungsplätze bieten ein Reservoir für künftige Naherholungsgebiete und Touristik, wenngleich dieses nur mit aufwändigen Flächenanierungen möglich ist. Konzepte hierfür sind vorhanden. Eine dem entsprechende Regionalentwicklung kann auch durch die jüngsten durch Corona bedingten Reisebeschränkungen wieder verstärkt eingefordert werden. Dieses muss zulasten militärischer Standorte als limitierender Faktor gehen. Dem gegenüber steht, dass Militärbasen als wichtiger Wirtschaftsfaktor in strukturschwachen Regionen angesehen werden. Dies wird jedoch in der Kommunal- und Landespolitik zumeist stark überzeichnet, denn:

1. Die externen Kosten, die durch Umweltbelastungen entstehen, werden nicht in die Gesamtbilanz mit einbezogen.
2. Die Arbeitsplatzeffekte durch die Militärpräsenz werden meistens schöngerechnet.
3. Eine zukunftsfähige, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung muss auch die Investitionen zur Beseitigung für militärische Altlasten in der Umwelt einbeziehen.

## Klimawandel und friedenspolitische Diskurse

Karl-Heinz Peil

Der relative Kampagnenerfolg von „Fridays for Future“ (FFF) hat auch eine große Resonanz in der Friedensbewegung gefunden und zu vielen Diskussionen darüber geführt, wie Umwelt- und Friedensbewegung zusammenwirken können. Inhaltlich wird in zahlreichen Publikationen die Thematik „Klimakiller Rüstung, Krieg und Militär“ in allen Aspekten behandelt, wie z. B. in dem Beitrag von Walter Listl in „Marxistische Blätter“ 01/2020<sup>1</sup> oder in einer aktuellen Broschüre der Bundestagsfraktion der LINKEN.<sup>2</sup> Vereinfachend lässt sich sagen: Der Klimawandel ist nur die Spitze des Eisbergs einer umfassenden, globalen Umweltkrise, die durch massiven Raubbau und die Verschwendung natürlicher Ressourcen entstanden ist. Der daraus sich ergebende Handlungsbedarf führt zwangsläufig zur Infragestellung des Kapitalismus als eigentlichen Urheber. Leider ist die publizierte thematische Bandbreite nur teilweise im friedenspolitischen Diskurs angekommen, was sich in der Verkürzung auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen zeigt. Da dieses auch vom publizistischen Mainstream bedient wird, gibt es auch im aufgeklärten linken Spektrum einzelne Stimmen, die sich als „Klimaskeptiker“ betätigen und naturwissenschaftliche Erkenntnisse infrage stellen.

### CO<sub>2</sub>-Fixierung?

Kritikwürdig ist der Umgang mit den CO<sub>2</sub>-Emissionen durchaus, wenn dieser nicht als Einstieg für eine Politisierung dient, sondern inhaltlich verengend eine gegenläufige Funktion bedient. Dass sich die FFF-Bewegung zunächst nur mit der drohenden Klimakatastrophe als Kristallisationspunkt entwickelt hat und die atomare Menschheitsbedrohung bzw. die Rolle des Militärs dort noch nicht angekommen ist, kann man nicht als Vorwurf erheben, sondern muss darin eine Bildungsaufgabe sehen. Anders zu bewerten ist es hingegen, wenn – wie kürzlich geschehen – bei der argumentativen Zusammenstellung gegen das Großmanöver Defender 2020 die hierbei verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen in eine Reihe gestellt werden mit dem eigentlichen Kritikpunkt, nämlich der NATO-Konfrontation gegenüber Russland.

Zunächst sollte bei dem wissenschaftlich nicht in Abrede zu stellenden „menschengemachten Klimawandel“ auf den doppelten Euphemismus des Begriffes hingewiesen werden. „Klimawandel“ klingt neutral im Sinne

von notwendigen Anpassungen. Bis zum Anfang dieses Jahrhunderts sprach man aber stattdessen korrekt von dem Treibhauseffekt bzw. der globalen Erwärmung. „Menschengemacht“ ist zwar naturwissenschaftlich richtig in Bezug auf das Anthropozän als neues Erdzeitalter, erlaubt aber unpolitische Sichtweisen, statt den Kapitalismus als Verursacher zu benennen. Der Treibhauseffekt hat sich historisch mit der kapitalistischen Entwicklung ergeben und in den letzten Jahrzehnten der neoliberalen Globalisierung noch beschleunigt, trotz der nunmehr vorhandenen Wahrnehmung mit teils verbalen und teils tatsächlichen Anstrengungen.

Doch was ist eine Tonne CO<sub>2</sub> überhaupt im Sinne eines praktischen Verständnisses? Deutschland verursachte 2019 noch mehr als 800 Mio. t Emissionen an Treibhausgasen (Kohlendioxid, aber auch Methan, Lachgas u. a.), wobei lt. Nachhaltigkeitsbericht der Bundeswehr diese nur etwa 1,7 Mio. t (2018) beiträgt. Das ist „Greenwashing“, da Auslandseinsätze und Rüstungsproduktion nicht berücksichtigt werden. Umgerechnet ergeben die gesamten Emissionen einen Wert von ca. 11 t Kohlendioxidäquivalenten pro Einwohner. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes verursacht jede Tonne CO<sub>2</sub> Umweltschäden von 180 € als gesellschaftliche Kosten. Pro Kopf der Bevölkerung werden damit jährlich in Deutschland über 1700 € Umweltkosten (2019) durch Treibhausgasemissionen verursacht. Zum Vergleich: Die 2020 eingeplanten 50 Mrd. Rüstungsausgaben nach NATO-Kriterien verursachen pro Kopf ca. 600 € Kosten. Während man aber in letzterem Fall nie auf die Idee käme, eine Einzelperson als Verursacher dieser gesellschaftlichen Kosten darzustellen, erfolgt dieses bei den Treibhausgasemissionen, indem die 11 t pro Einwohner häufig als persönlicher Treibhausgase-Fussabdruck dargestellt werden. Dies führt zu individuellen Sichtweisen im Klimaschutz: „Wie kann ich meinen persönlichen Treibhausgase-Fussabdruck reduzieren?“ Als Einstieg für eine Politisierung kann das zwar prinzipiell auch nützlich sein, ist jedoch kontraproduktiv bei einer politischen Herangehensweise. Es ist deshalb argumentativ auch wenig relevant, dass z. B. ein Kampfpanzer auf der Straße 250 l und im Gelände 500 l Kraftstoff auf 100 km verbraucht, auch wenn diese Werte im Vergleich zu einem PKW-Verbrauch von 5 l auf 100 km sehr anschaulich sind. Was dieser im Manöver an Kraftstoffverbrauch und entsprechenden CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht, taugt aber nur als Fußnote, wenn man die jährlich im inflationären zivilen Verkehrswesen Deutschlands entstehenden 160 Mio t CO<sub>2</sub>-Emissionen betrachtet.

1 Listl, Walter (2020): Klimakiller Krieg. – Marxistische Blätter 01/2020.

2 BfD DIE LINKE (2020): Das Militär: Tödlich auch für Umwelt und Klima. Für Nachhaltigkeit statt Militarisierung. – [https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user\\_upload/200227\\_Das\\_Milita\\_r\\_und\\_Umwelt\\_A5schmal.pdf](https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/200227_Das_Milita_r_und_Umwelt_A5schmal.pdf) (2020-06).

Problematisch ist der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck als Pro-Kopf-Wert auch im Ländervergleich, wenn damit aufgezeigt wird, dass der globale Norden aufgrund seines Ressourcenverbrauchs eine „imperiale Lebensweise“ bedient. Prinzipiell kann man das zwar so sehen, jedoch unterschlagen die statistischen Kennzahlen natürlich die drastischen sozialen Gegensätze innerhalb der Länder des globalen Nordens.

## Energiewende als Friedensprojekt versus Stamokap

Das im Jahr 2000 verabschiedete Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) kam in einer denkwürdigen Konstellation der damaligen rot-grünen Bundesregierung zustande. Die Förderung erneuerbarer Energien wurde von den Grünen eingefordert, während SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement darauf bedacht war, die Interessen der Energiekonzerne nicht zu gefährden. Diese bestanden darin, Großkraftwerke am Laufen zu halten und keine Förderung für dezentrale, vor allem kommunale Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung zuzulassen. Was mit diesem Zugeständnis auch gelang, während in der Folgezeit andere Länder wie z. B. Dänemark erfolgreich diesen Weg gingen, um mit erdgasversorgten Kraftwerken Wärmeerzeugung für den Nahbereich mit Stromerzeugung sehr effizient zu kombinieren. Auch aus diesem Grund ist heute in Deutschland der große Anteil von Kohlegroßkraftwerken noch das Hauptproblem beim Klimaschutz. Erneuerbare Energien hingegen wurden damals noch als Spielwiese für Ökofreaks abgetan, was sich aber als grundlegender Irrtum herausstellte. Dazu trug entscheidend bei, dass der mit finanziellen Anreizen erfolgende Boom von Wind- und Solarenergie sehr stark von Energiegenossenschaften getragen wurde, weshalb auch der Begriff „Bürgerenergie“ geprägt wurde. Sehr spät erkannten die deutschen Energiekonzerne, was sich hier – für sie existenzbedrohend – entwickelt hatte. Man konnte noch vor acht bis zehn Jahren auch sagen: In Deutschland entwickelte sich eine antimonopolistische Demokratie. Warum eine solche Entwicklung abgewürgt wurde, hat die Energieexpertin Claudia Kemfert bereits 2017 in ihrem Buch mit dem Titel „Das fossile Imperium schlägt zurück“ umschrieben. Darin heißt es: „Alles schien auf einem guten Weg: Die Energiewende schafft Wohlstand, macht unabhängig von geopolitischen Konflikten, schützt das Klima und stärkt die Demokratie. Doch die ‚alten‘ Energien und die Klimaskeptiker gehen nicht kampfflos vom Platz. Sie nutzen keine Armee, sondern Propaganda und ‚Fake News‘.“<sup>3</sup>

Tatsächlich hat die Bundesregierung inzwischen die Energiewende (vorübergehend) abgewürgt. Mittlerweile übersteigt heute die vor allem in der Windenergiebranche bereits vernichtete Anzahl von Arbeitsplätzen bei weitem diejenigen, die noch in Deutschland für die Kohleverstromung vorhanden sind. Regionale Wertschöpfung durch mittelständische Firmen ist im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD politisch nicht förderungswürdig. Wirtschaftsminister Peter Altmaier fungiert hierbei als Sprachrohr der deutschen Industrie, indem er aktuell deren Wasserstoffstrategie propagiert, mit der die importierten fossilen Brennstoffe für Energieerzeugung und Verkehr durch CO<sub>2</sub>-freien Wasserstoff ersetzt werden sollen. Um diesen in großen Mengen zu importieren, muss zuvor entsprechende Technologie in Deutschland entwickelt und exportiert werden. Diese traumtänzerische „Weiter so“-Strategie ist nicht nur alles andere als nachhaltig, sondern könnte nur mit einer weiteren Militarisierung funktionieren. Auf diese Konsequenz hat kürzlich BDI-Präsident Kempf am Rande der letzten Münchner Sicherheitskonferenz nochmals eindringlich hingewiesen: Da 61 Prozent der Industriearbeitsplätze vom Export abhängig seien, müsse die deutsche Exportwirtschaft durch militärische Aufrüstung geschützt werden, um damit Handelswege militärisch abzusichern.<sup>4</sup>

Nur als kurze Ergänzung zum Stichwort Stamokap sei hier erwähnt, dass die Aufrüstung der Bundeswehr auch der Industrieförderung durch Großprojekte dient, wobei Rüstungsexporte fest einkalkuliert werden.

## Fazit

Im Kontext von Klima- und Umweltkrise lassen sich folgende friedenspolitischen Forderungen stellen:

### 1. Kollektives Sicherheitssystem durch Kooperation statt Konfrontation

Die globalen Herausforderungen verlangen eine umfassende Kooperation und keine Konfrontation, wie sie derzeit im Umgang mit Russland und China vorangetrieben wird. Geht es bei militärischer Aufrüstung und einem Großmanöver wie Defender 2020 gemäß Bundeswehrsprachregelung nur nebulös um eine „geänderte Sicherheitslage in Osteuropa“, so sind es umweltpolitisch immer reale Bedrohungen, die von Naturwissenschaftlern belegt bzw. mit

---

3 Kemfert, Claudia (2017): Das fossile Imperium schlägt zurück. Warum wir die Energiewende jetzt verteidigen müssen. – Murmann Publishers, 1. Aufl. – ISBN 9783867745666.

4 Riedel, Donata (2020): BDI-Chef Kempf verlangt Technologie statt Bodentruppen. BDI-Präsident Dieter Kempf fordert die Bundesregierung auf, Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehöre auch, die Exportwirtschaft militärisch zu schützen. – Handelsblatt, 14. 2. 2020. – [https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/muenchener-sicherheitskonferenz-bdi-chef-kempf-verlangt-technologie-statt-bodentruppen-/25542726.html?ticket=ST-76623-K3dS9ZZbJ63TqVR2Jfj6-ap6\(2020-06\)](https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/muenchener-sicherheitskonferenz-bdi-chef-kempf-verlangt-technologie-statt-bodentruppen-/25542726.html?ticket=ST-76623-K3dS9ZZbJ63TqVR2Jfj6-ap6(2020-06)).





Bundeswehrvorführung in Bad Frankenhausen, 28. September 2019.

nachvollziehbaren Modellrechnungen aufgezeigt werden. Auch die aktuelle Corona-Pandemie führt drastisch vor Augen, dass nur mit einer intensiven Zusammenarbeit aller Staaten die globalen Probleme gelöst werden können.

## 2. Klimawandel als Konfliktursache angehen

Die Zielsetzungen von Bundeswehreinsätzen im Ausland werden nur sehr schwammig definiert – wenn überhaupt. Immer noch ignoriert wird der Einfluss des Klimawandels als Katalysator bei ethnischen Konflikten und angeblicher Terrorbekämpfung. Was bereits 2007 von einer wissenschaftlichen Studie im Auftrag der Bundesregierung als Szenario entworfen wurde, zeigt sich aktuell bereits bei dem Bundeswehreinsatz in Westafrika. Praktisch ist die Bundeswehr dort in einen Klimakrieg verwickelt. Doch statt dort Hilfestellung gegen den Klimawandel zu leisten, wird in der dortigen Konflikt-Gemengelage die weitere Militarisierung forciert.<sup>5</sup>

## 3. Regierungshandeln für Nachhaltigkeit einfordern

Auch wenn der Begriff Nachhaltigkeit inflationär verwendet wird, so sollte dieser verstärkt in den politischen Diskurs eingebracht werden, da die 2015 von allen UN-Mitgliedsstaaten beschlossenen 17 Nachhaltigkeitsziele eine Messlatte für regionales und globales Handeln darstellen. Dem entsprechend gibt es auch eine deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

mit dem erklärten Anspruch, Nachhaltigkeit in beispielgebendes Regierungshandeln umzusetzen. Allerdings ist die größte Institution des Bundes, gemessen an der Personalstärke (militärisch und zivil) die Bundeswehr, die auch 50 Prozent der Dienstleistungen von Bundesbehörden erbringt, gemäß der Funktionsgruppe „Allgemeine Dienste“ im Bundeshaushalt. Damit kann man davon ausgehen, dass auch weit über 50 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Bundesinstitutionen von der Bundeswehr und deren Verwaltungsorganen verursacht werden.<sup>6</sup>

## 4. Zukunftsfähige Wirtschaftsbereiche fördern

Globale Nachhaltigkeit kann nur durch regionale Wertschöpfung bzw. dezentrale Wirtschaftskreisläufe erreicht werden. Dazu gehört, dass nicht mehr global agierende Großkonzerne bestimmend sind, sondern mittelständische Industrieunternehmen und Genossenschaften. Dieses bedeutet eine Abkehr von Großprojekten, die für Großkonzerne lukrativ sind, wie die Wasserstoffstrategie des Wirtschaftsministeriums und die „EU-Industrieförderung“ des Verteidigungsministeriums. Beides bedeutet eine Abkehr von der Militarisierung, die für globale „Energiesicherheit“ und gewaltsame Sicherung von Absatzmärkten erforderlich ist. Die aktuelle Corona-Pandemie erweist sich zudem gerade für Deutschland als Bruchlandung der exportorientierten Industriepolitik.

<sup>5</sup> Peil, Karl-Heinz (2020): Klimawandel und militärische Planungen. Ignoranz, Hilflosigkeit und fehlende Strategien zur Anpassung. - Informationsstelle Militarisierung e. V. (IMI), 29.01.2020. - [www.imi-online.de/2020/01/29/klimawandel-und-militaerische-planungen/](http://www.imi-online.de/2020/01/29/klimawandel-und-militaerische-planungen/) (2020-06).

<sup>6</sup> Peil, Karl-Heinz (2019): Nachhaltige Bundeswehr? Die Nachhaltigkeitsberichte des BMVg in Zeiten des Klimawandels. - Informationsstelle Militarisierung e. V. (IMI), 20.11.2019. - [www.imi-online.de/2019/11/20/nachhaltige-bundeswehr/](http://www.imi-online.de/2019/11/20/nachhaltige-bundeswehr/) (2020-06).

## Trumps „Krieg“ gegen die Umwelt

Götz Brandt

Immer mehr Gesetze zum Schutz der Umwelt – die meisten wurden von Obama erlassen – werden von Trump abgeschafft. Es handelt sich um etwa 80 Gesetze zur Luftverschmutzung, zu Emissionen, zu Bohrungen nach Gas und Öl, zur Gewinnung von Erzen, zum Holzeinschlag, zum Tierschutz, zu Grenzwerten bei Giftstoffen, zur Wasserverschmutzung und zur Sicherheit der Bevölkerung. Selbst die Webseiten der US-Behörden zum Klimawandel und zum Umweltschutz wurden abgeschaltet oder Informationen hierzu gelöscht. Obamas – auch schon unzureichender – Klimaschutz wird systematisch demontiert unter der Losung: Arbeitsplätze sind wichtiger als Umweltschutz. Der international bedeutendste Schritt war der Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen 2017.

Trump hat die „gemäßigten“ Regenwälder im Tayoss National Forest mit 67 500 km<sup>2</sup> Waldflächen zur großflächigen Abholzung freigegeben. 2001 hatte Bill Clinton das Holzfällen in diesem Wald verboten. Dieses einzigartige Ökosystem wird zur Vernichtung freigegeben.

Im Bundesstaat Utah werden zwei Nationalparks (Bears Ears und Grand Staircase Escalante) per Dekret verkleinert. Trump will den Abbau von Uran in unmittelbarer Nähe des Grand Canyon freigeben. Auf das weltbekannte Naturdenkmal wird keine Rücksicht genommen.

Das Gesetz zum Artenschutz wurde abgeschwächt. In Zukunft sollen die wirtschaftlichen Kosten, bisher außer Acht gelassen, für den Schutz einer Art berücksichtigt werden – Wirtschaftlichkeit vor Artenschutz. Es handelt sich um ein Gesetz aus dem Jahre 1973, das (noch) 1600 Arten in den USA schützt.

In Kalifornien werden in der Nähe der Nationalparks Yosemite und Sequoia riesige Gebiete für die Frackingmethode zur Gewinnung von Gas und Erdöl freigegeben. Die EU soll Abnehmer werden.

Trump befürwortet den Neubau von Kohlekraftwerken. Der „Clean Power Plan“ von Obama, der vorsah, bis 2030 etwa ein Drittel weniger Schadgase auszustößen, wurde von Trump gestrichen. Trump ist besorgt um den Wohlstand der Kohlekumpel (seine Wähler) zu Lasten der Umwelt. Bei Auftritten in Kohlerevier

hielt Trump ein Schild mit der Aufschrift hoch: „Trump digs coal“ (Trump gräbt nach Kohle).

Regulierungen zur Minderung des Methanausstoßes durch die Erdöl- und Erdgasindustrie will Trump als „nutzlose Belastungen“ abschaffen. Die Unternehmen können dann auf technische Vorkehrungen gegen den Methanaustritt an Bohrlöchern, Pipelines und Speichieranlagen verzichten.

Die von Obama beschlossenen Ziele zur Senkung des Spritverbrauchs der Autos, ab 2025 nur noch 4,4 l Benzin auf 100 km Fahrstrecke, werden abgeschafft.

Weitere Rücknahmen von Obama-Gesetzen betreffen: Aufhebung des Glühbirnenverbots, Wiedertzulassung gefährlicher Agrargifte und die Herabsetzung der Grenzwerte für Industrieabgase. Plastikflaschen dürfen wieder in Naturschutzgebieten verkauft werden, die Route der Dakota-Access-Pipeline wurde genehmigt sowie die Offshore-Bohrvorschriften gelockert, die nach dem Unglück mit der Plattform Deepwater Horizon 2010 erlassen worden waren. Auch dürfen FCKW wieder in Kühlschränken und Klimaanlage eingesetzt werden. Die USA-Gesundheitsbehörden haben errechnet, dass durch diese Gesetzeslockerungen etwa 80 000 Tote mehr zu beklagen sein werden und etwa 1 Mio. Menschen mehr an Atemwegserkrankungen werden leiden müssen.

Nach dem Amtsantritt von Trump wurden der amerikanischen Umweltschutzbehörde (EPA) das Budget um 2,6 Mrd. \$ gekürzt und 3200 Angestellte entlassen. 2019 erfolgte erneut eine Budgetkürzung um 31 Prozent. Die USA, bisher mit 3 Mrd. \$ Zuwendungen an den UN-Fonds „Green Climate Fund“ beteiligt, mit dem vom Klimawandel betroffenen Staaten geholfen werden soll, stellen die Zahlungen ein.

Trumps Krieg gegen die Umwelt wird die Menschheit noch schneller ins Verderben führen und die Erderhitzung forcieren. Die einzige Rettung ist die schnelle Abschaffung der kapitalistischen Profitmaschine.

Quelle: Obermeier, Ludwig (2019): Trumps Krieg gegen die Umwelt: 6 Punkte zeigen, wie er den Naturschutz abschafft. – Focus online, 3.9.2019. – [https://www.focus.de/wissen/natur/nationalparks-kohle-fracking-trumps-feldzug-gegen-die-umwelt-diese-x-punkte-liste-zeigt\\_id\\_11090080.html](https://www.focus.de/wissen/natur/nationalparks-kohle-fracking-trumps-feldzug-gegen-die-umwelt-diese-x-punkte-liste-zeigt_id_11090080.html) (2020-08).

## Ökologie – unter den herrschenden Bedingungen nicht machbar

Friedrich W. Sixel

A sagt zu B: „Eine Naturwissenschaft, die über die sinnliche Wahrnehmung nicht hinausgeht, wird es nicht zu viel bringen.“

B antwortet: „O doch! Es wird ihr gelingen, die Natur für den Menschen unbehausbar zu machen.“

Ich kenne kaum jemanden, der die Aussagen der heutigen Naturwissenschaft nicht für absolut zutreffend hält. Ihre Anwendung auf unseren Umgang mit der Natur hat ja bislang auch vieles geleistet. Es kann nicht bezweifelt werden, dass unsere Naturwissenschaften zu rasanten Erfolgen geführt haben. Aber werden wir diese Erfolgsserie noch lange fortsetzen können? Ich gehöre zu denen, die das stark bezweifeln. Damit aber scheine ich zu einer absoluten Minderheit zu gehören. Wie anders ist es denn zu verstehen, dass ein Politiker, der gewählt werden will, nicht wagen kann, sich gegen Wachstum der Wirtschaft auszusprechen? Was könnte denn überhaupt eine Alternative zum Wachstum sein? Etwa Stagnation oder Schrumpfung?

Bevor wir den Versuch machen, diese Fragen zu beantworten, sollten wir uns Klarheit darüber verschaffen, in welchen Begriffen diejenigen denken, die die heute herrschende Wachstumsorientierung ablösen wollen. Sind diese Begriffe überhaupt tauglich? Begriffe wie Umweltschutz, Umweltbedrohung, Naturzerstörung und erneuerbare Energie spielen dabei eine prominente Rolle. Es scheint also angebracht, diese Begriffe hinsichtlich ihrer Klarheit und ihrer Erklärungspotenz zu untersuchen.

Fangen wir mit dem Begriff der „Naturzerstörung“ an. Man kann nicht bestreiten, dass dieser Begriff bei vielen unserer Mitmenschen aus einer starken Besorgnis um die Zukunft erwächst. Globaler Temperaturanstieg wird durch das Abschmelzen der Polkappen und des Gletschereises offensichtlich. Die Zunahme der Gefährdung durch steigenden  $\text{CO}_2$ -Gehalt in der Atemluft ist kaum ernsthaft zu leugnen. Aber, so gilt es zu fragen, bedrohen diese Erscheinungen die Natur in ihrer Gesamtheit? Hat der moderne Mensch eine solche Gewalt über die Natur, dass er sie zerstören kann? Ist es nicht vielmehr so, dass der Mensch, lange bevor er dies „geleistet“ hat, sich selbst abgeschafft haben wird? Die Natur kann sehr wohl ohne ihr sehr spätes Produkt, den Homo sapiens, auskommen. Die Natur hat uns nicht nötig. Sie hat dies seit vielen Millionen Jahren gezeigt. Es geht also gar nicht um Naturzerstörung. Es geht um den Erhalt menschlichen Lebens in ihr.

Der Begriff „erneuerbare Energie“ verführt allzu leicht zu der Idee, der Mensch könne Energie herstellen, sie machen, sie fabrizieren. Keine Frage, ohne Energie gibt es kein Leben, auch nicht das des Menschen. Ihr Fließen durchdringt jeden Teil der Natur. Auch der Mensch ist voll und ganz Teil der Natur und des Energieflusses in ihr. Sie ist die Grundlage für seine in der Natur einzigartige Denk- und Geistfähigkeit. Diese Fähigkeit versetzt den Menschen als einzigen Teil der Natur in die Lage, in den Fluss der Energie bewusst einzugreifen, sei es durch Steuerung und/oder Dosierung. Die in der Geschichte immer komplizierter werdenden Geräte verlangten Spezialisierung und Arbeitsteilung, die wiederum energieverbrauchende Prozesse wie Austausch, Transport und Verkehr unvermeidlich werden ließen. Von Energieherstellung oder Energieerneuerung kann also nicht die Rede sein, aber sehr wohl vom Ansteigen des Energiebedarfs. Tendenziell scheint es also in der gesellschaftlichen Entwicklung darum zu gehen, mehr und mehr Energie unter Kontrolle zu bekommen. Und diese Kontrolle kostet selbst wieder Energie. Die Einführung von Windturbinen und Photovoltaikanlagen, mit denen wir seit etlichen Jahren versuchen, die in Luftbewegungen und Sonnenstrahlen steckende Energie unter Kontrolle zu bekommen, leistet in der Tat nichts mehr als eben dies: Errichtung und Ausübung von Kontrolle. Erzeugt wird Energie hier keinesfalls, nur verfügbar gemacht.

Es ist in der Entwicklung der Menschheit immer wieder vorgekommen, dass die kontrollierte Energie für das Überleben nicht ausreichte. Hungersnöte z. B. sind in Vergangenheit und Gegenwart immer wieder aufgetreten. In der heutigen Gesellschaft liegt die größte Gefahr darin, dass wir mit der Energie zu verschwenderisch umgehen. Wir wenden z. B. in unseren Personenkraftwagen oft genug Hunderte von Pferdestärken auf, um eine Person von – sagen wir mal – 75 kg Lebendgewicht von einem Ort zum anderen zu schaffen. Viel weniger an Pferdestärken täten es auch. Ist dies etwa nicht ein verschwenderischer Wahnsinn?

Wir sahen gerade, dass der Mensch durch seine Geistbefähigung in nahezu einzigartiger Weise dazu imstande ist, in den Fluss der Natur einzugreifen. Aber selbst mit dieser Befähigung steht er nicht außerhalb oder gar oberhalb der Natur. Ohne selbst Natur zu sein, gäbe es nicht das, was wir „Geist“ nennen. Der Natur gehört also das Primat und nicht dem Geist, wie dies im Abendland seit Platons idealistischer Philosophie mehrheitlich geglaubt und praktiziert wird. Wer dem Geist das Primat gibt, meint, über die Natur herrschen



zu können. Damit läuft er Gefahr, als Fremdling in der Natur herumzugeistern und damit auch das eigene Natursein zu verdrehen. Er geht in die Irre. Das ist es doch, was wir mit Fug und Recht unter Entfremdung verstehen. Die Natur im Menschen und die Natur um ihn herum liegt dann im Irgendwo des „Da-Draußen“.

Diese Entfremdung gehört zur Praxis des Kapitalismus. Durch die verdoppelte Ausbeutung der Natur im Menschen und der um den Menschen herum wird Ausbeutung zum scheinbar Normalen und durch diesen Gedanken fiktiv legitimiert. Unterschlagen wird dabei das Besondere des menschlichen In-der-Natur-seins, wie ich es gerade eben skizziert habe. Ohne dieses Besondere gäbe es diese doppelte Ausbeutung nicht. Ohne sie kann Kapitalismus nicht funktionieren. Dies hat Karl Marx in aller Klarheit gesehen. Hege und Pflege der Natur, also die Kultivierung der Natur im Menschen und um ihn herum, werden durch die dem Kapitalismus immanente Art des zunehmenden Wachstums bedroht. Zunehmend deswegen, weil es Kapitalismus ohne Konkurrenz nicht geben kann. Ohne die Kultivierung der Natur im Menschen wird es keinen Widerstand gegen die dem Kapitalismus innewohnende Art des Wachstums geben. In anderen Worten: Wer dem Geist das Primat gibt, bleibt mit dieser Kopflastigkeit noch dieser Entfremdung verhaftet und verhindert so den naturgemäßen Zutritt zur Dynamik der Natur um uns und in uns. Wer jedoch diese Bedrohung als naturentfremdete Verirrung unseres Geistes erlebt, das heißt, sie mit leiblich – natürlichen Sinnen erfasst, hat die Grundlage für den Aufbau einer naturgemäßen dynamischen Ökologie gefunden.

Mit dem heutigen kopflastigen Erkennen werden wir keinen anderen Weg zur Abwendung der sogenannten Umweltschäden ersinnen können als den, der auf kontrollierenden Druck auf Mensch und Gesellschaft hinausläuft. Kontrolle verlangt aber dann, auch die Kontrollausübenden zu kontrollieren. Und dies verlangt steigende Kosten an Energie (was sonst?). Aus diesem Dilemma scheint es keinen Ausweg zu geben. Heißt das, dass jede Wachstumsorientierung unvermeidlich gefährdet ist? Die klare Antwort lautet hier: „Nein“.

Um diese positive Antwort zu verstehen, müssen wir mit Karl Marx' Erkenntnissen über diese hinausgehen: Wir sollten beachten, dass Marx einerseits nur den zu seiner Zeit gerade aufgetretenen Industriekapitalismus vor Augen hatte, es aber andererseits als unvermeidlich ansah, dass dieser sich wegen der ihm innewohnenden Art von Wachstumsorientierung rasant weiterentwickeln müsste. Er antizipierte, dass diese Weiterentwicklung neue Produktionskräfte hervorbringen würde, dass z. B. Wissen und Denken sich zu einer Art von intellektuellem Kapital entwickeln würden. Er hat diese wohlkalkulierte Vorahnung, die

nur in den „Grundrisse[n] der Kritik der politischen Ökonomie“, also einem der Vorläufer seines Hauptwerkes „Das Kapital“ auftaucht, nicht weiter ausgeführt.<sup>1</sup> Und zwar deswegen nicht, weil diese Vorahnung nicht in konkreter Anschauung gegründet war. Nur auf einer solchen Grundlage können Aussagen Wahrhaftigkeit beanspruchen.

Marx' kritische Analyse beschränkte sich auf den ihm geläufigen Industriekapitalismus, wie er sich im westlichen Europa und in Nordamerika entwickelt hatte. Ihm ging es nicht darum, eine über Zeit und Raum hinausreichende allgemein gültige Theorie der Gesellschaft aufzustellen. Es war sein Ziel, das für ihn konkrete Hier und Jetzt zu begreifen und dessen Verderblichkeit ans Tageslicht zu heben. Dementsprechend begegnete er allen Versuchen, die Ergebnisse seines Arbeitens als ewig gültige hinzustellen, mit heftigster Abwehr. Diesem Bemühen war aber nur selten Erfolg beschieden. Marx' Erkenntnisse verdrehten sich unter allzu vielen seiner Anhänger zu einer Theorie, von der man glaubt, sie einer konkreten gesellschaftlichen Wirklichkeit überstülpen zu können. Wer Marx' Erkenntnisse orthodox-statisch festschreibt, verliert die Grundlage zum Verstehen und zur Kritik der Dynamik der Gesellschaft, wie sie selbst noch im heutigen globalisierten Kapitalismus steckt (wenngleich pervertiert). Er kann dann allenfalls versuchen, wie oben skizziert, den verschwenderischen Umgang mit der Natur durch Kontrolle einzudämmen, ihn aber nicht überwinden.

Gründliche, sinnlich-konkret fundierte Analysen des Hier-und-Jetzt sind zwar versucht worden,<sup>2</sup> haben aber kein öffentliches Gehör gefunden, und das hat seinen Grund darin, dass der heutige Kapitalismus nicht nur totalitär geworden ist im Sinne seiner räumlich-geographischen Ausdehnung, sondern auch im Sinne einer totalen Penetranz des Lebens des einzelnen Menschen.

Keiner kann leugnen, dass sich der Konsum, damit die Produktion und damit auch der Umfang des Energiebedarfs wachsend steigern. Diese Entwicklung wird von der absoluten Mehrheit unserer Mitmenschen gewollt. Es scheint mir, dass es in dieser Situation zu fragen gilt, wie dieser Art des Wachstums, die uns allen schadet und doch mehrheitlich gewollt wird, ein Ende gesetzt werden kann. Bevor wir versuchen, auf diese Frage eine Antwort zu geben, muss man sich die Besonderheit des heutigen Willens zum steigenden Konsum klar machen. Neu ist an ihm, dass es unseren konsumversessenen Mitmenschen sehr wohl klar ist, dass der Gewinn der gewollten Gegenstände und Lebensumstände nur zum Mehr-Wollen

---

1 Marx, Karl (o. J.): Grundrisse. – Frankfurt, Wien; S. 587, 539 ff.

2 Z. B. von so unterschiedlichen marxistischen Denkern wie Alain Badiou, Ernst Bloch und Pier Paolo Pasolini.



Feuerlöschübung auf der Air Base Ramstein.

führt. Erreichtes befriedigt nicht. Drückt sich in diesen Wahrnehmungen nicht aus, dass der Globalkapitalismus nicht nur räumlich die Alleinherrschaft errungen hat, sondern auch das Leben des Einzelnen unter die Knute gezwungen hat? Das hat nicht nur dazu geführt, dass die Natur um den Menschen herum zur Umwelt pervertiert wird, sondern dass sich auch die Natur im Menschen selbst verdreht hat. Es handelt sich beim Globalkapitalismus nicht einmal um eine aufgezwungene Diktatur, der Einzelne spürt nicht einmal mehr, dass er zum willigen Sklaven gemacht worden ist. Er genießt die Freiheit der sogenannten Demokratie. Er „darf“ arbeiten, prassen und wählen.

Dieser Art von verallgemeinertem Elend kann nicht mehr Paroli geboten werden durch eine bloße „Kritik der Politischen Ökonomie“. Gefragt ist jetzt eine Ökologie, in der sich der Mensch mit Leib und Seele als Teil des Naturhaushalts empfindet. Die hierzu notwendige dynamisch-ökologische Balance kann nicht einfach hergestellt werden. Sie kann nur dadurch entstehen und wachsen, dass sie vorgelebt wird. Dies erfordert eine neue Form von Politik. In ihr kann es nicht mehr konkurrierende Parteien und Parlamentarier geben, die mit hohlen und kostspieligen Versprechungen um Mehrheiten kämpfen. Der erste Schritt zu einer neuen Politik, die einen begehbaren Weg in eine

naturgerechte Zukunft anbieten kann, scheint mir diejenige zu sein, die solche Menschen sammelt, die die Verlogenheit des heutigen Glücks durchschaut haben, dieses scheinbare Glück als Leid empfinden und die gesellschaftlichen Bedingungen dieser Misere überwinden wollen.

Karl Marx ahnte für die Zeit jenseits der Grenzen des Industriekapitalismus ein neues Wissen und Denken von Natur voraus, das im Globalkapitalismus jedoch noch verdreht blieb. Dieses verdrehte Wissen und Denken kann aber von denjenigen Menschen überwunden werden, die, wie gerade gesagt, dieses scheinbare Glück als Leid empfinden. Eine Naturwissenschaft mit umgekehrter Grundlage, die also dem Geist wie heute üblich das Primat gibt, kann nur scheinbare Erfolge erringen. Sie erringt nur Pyrrhus-Siege. Wer unsere heutige Wissensform von der Natur beibehält, wird zu einer lebendig-dynamischen Ökologie jedoch nicht fähig sein.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Die Entwicklung einer solchen Ökologie könnte sehr wohl von Goethes Naturstudien ausgehen. Vor allem seine „Farbenlehre“ kann Anleitung dazu geben, wie man beim Studium der Natur um den Menschen herum die Natur im Menschen selbst, also seine Sinnlichkeit, zur durchgängigen Grundlage machen kann.

### **„Rinks und lechts kann man nicht velwechsern“? Rechte und linke Positionen zur Ökologie – eine Handreichung für linke AktivistInnen** **Rezension von Götz Brandt**

Diese Broschüre wurde von der BUKO (Bundekoordination Internationalismus) 2020 herausgegeben und kann unter [www.buko.info/gesnat-publikationen](http://www.buko.info/gesnat-publikationen) heruntergeladen werden. (GesNat = Gesellschaftliche Naturverhältnisse).

Zu vielen Gebieten aktueller Politikfragen werden rechte Standpunkte kritisch hinterfragt, ihre Schnittstellen zu linken Einstellungen beleuchtet und Ratschläge zur Abgrenzung von rechten Parolen gegeben: Naturverständnis, Klimawandel, Flucht und Migration, Bevölkerungspolitik, Umwelt, Entwicklung, Globalisierungs- und Wachstumskritik.

Bei der Klärung linker Positionen wurden bewegungsnahe Gruppen und vorwiegend kritische Nichtregierungsorganisationen berücksichtigt, Standpunkte von Parteien flossen dabei nicht ein. Bei den rechten Positionen wurden dagegen Parteipositionen einbezogen. Linke Positionen wurden definiert als Glaube an die Gleichwertigkeit aller Menschen, Offenheit für verschiedene Lebensentwürfe, Forderung nach Demokratisierung, materieller Umverteilung und Gleichheit, Zurückdrängung von Marktmechanismen. Wer gegen den Kapitalismus ist und diesen beseitigen will, ist „linksradikal“. Also eine weichgespülte Auffassung von „Links“, was aber die grundsätzlichen Ausführungen in der Broschüre kaum beeinträchtigt.

Die rechten Positionen werden im Prinzip mit Rassismus, Antisemitismus, diktatorischen Regierungsformen und autoritären staatlichem Handeln umrissen.

Rechte Standpunkte werden dargestellt, indem „Natur“ als Platzhalter für Kultur im Sinne von Tradition, Werten und Normen benutzt wird. „Widernatürliche Homosexualität“ und „naturegegebene Merkmale“ von Mann und Frau werden daraus abgeleitet. Da Menschen von Natur aus egoistisch sind, ist der Kapitalismus die „natürliche“ Wirtschaftsform. „Naturvölker“ und „Wilde“ müssen von den europäischen „Kulturvölkern“ abgegrenzt werden.

Von den 21 europäischen rechten Parteien leugnen nur 7 den Klimawandel. Klimaschutz ist nämlich auch „Heimatschutz“. Nur für die weiße Bevölkerung soll der

Klimaschutz sozial gestaltet werden. Die wachsende Bevölkerung im Globalen Süden ist am Klimawandel Schuld und soll zur Ein-Kind-Politik übergehen. Den Klimanotstand fordern auch Rechte.

Die Rechten wollen keine Fluchtursachen bekämpfen, sondern die Flüchtlinge, weil sie zur „Überfremdung der Gesellschaft“ führen. Die Rechten wollen die eigenen Lebensgrundlagen auf Kosten der andern sichern.

Besonders in der Landwirtschaft gibt es viele Übereinstimmungen linker und rechter Parolen, wenn auch aus verschiedenem Anlass. „Heimat und Lebensraum“ müssen entwickelt werden, die „deutschen Bauern“ müssen eine „Versorgungssouveränität“ herstellen und „einheimische Kulturpflanzen“ anbauen. „Ortsfremde Investoren“ werden abgelehnt.

Rechte Parteien sind gegen die Globalisierung und gegen Freihandelsabkommen eingestellt, weil sie den Wohlstandsverlust der eigenen Bürger befürchten. Globalisierung führt zur „Masseneinwanderung“ und zu „Multikulturalismus“ sowie zur „Umvolkung“. Anstelle von Globalisierung wollen die Rechten eine „raumorientierte Volkswirtschaft“.

Die Rechten erkennen die Wachstumsgrenzen an, wollen sie aber mit technologischen Mitteln überwinden. Schuld ist die Zins- und Geldpolitik, hinter der die Juden stecken.

Nach dieser Charakterisierung der rechten politischen Einstellungen und den aufgezeigten Schnittmengen geben die Autoren Hinweise zur Abgrenzung und bieten eine Checkliste für eigene Texte an, damit Rechte nicht andocken können. Eine Liste rechter Parteien und Gruppierungen und deren Publikationen beschließen die Broschüre.

Der Wert der Broschüre liegt darin, dass hier erstmals eine umfangreiche Analyse rechter Standpunkte zusammengestellt worden ist und linken AktivistInnen konkrete Hinweise gegeben werden, wie sie sich abgrenzen und Anbiederungsversuche von Rechten abblocken können.



## Aktionsplan Klimagerechtigkeit

Rezension von Götz Brandt

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE beschloss am 28. 1. 2020 den „Aktionsplan Klimagerechtigkeit“. Bemerkenswert ist, dass nach langer Diskussion dieser Aktionsplan auch beschlossen worden ist, denn es handelt sich, im Einklang mit dem Parteiprogramm, um eine Absage an ein Mitverwalten und Mitregieren in der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft. Eigentlich ist der Titel irreführend, denn es handelt sich hier nicht nur um politische Ziele in Zeiten der Erderhitzung, sondern um eine generelle Präzisierung des Parteiprogramms und um eine politische Linie der Fraktion für die nächsten 10 Jahre auf allen wesentlichen Politikfeldern. Insofern ein bedeutendes Dokument linker Parlamentsarbeit, das sicherlich auch auf den Parteivorstand abfärben wird.

Das vorliegende Dokument baut auf dem 2012 veröffentlichten „Plan B“ der Fraktion auf. Es verfolgt erneut ein gesellschaftliches Erneuerungsprojekt im Bündnis von Klimagerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Demokratieentwicklung. Ziel ist eine neue Produktions- und Lebensweise – frei von fossilen Energien, ohne Ausbeutung von Mensch und Natur. Da erkannt wird, dass nur noch etwa 10 Jahre Zeit zum Umsteuern verbleibt, wird auf die „sichtbare und fühlbare Hand der Politik“ gesetzt, weil der Markt bei der Lösung aller aktuellen Probleme eklatant versagt. Erkannt wird ebenso, dass die großen ökonomischen Hebel systemischer Natur sind und es nicht genügt, dass „Produktion und Konsum ein wenig grüner und die einzelnen Menschen etwas moralischer werden“.

Der erforderliche Strukturwandel wird für die Wirtschaftsbereiche Energie, Verkehr, Industrie, Gebäude, Ernährung und Landwirtschaft ausführlich mit vielen Vorschlägen und notwendigen Entwicklungsrichtungen im Detail, mit Terminen, der erforderlichen finanziellen Ausstattung und dem Nachweis der Finanzierbarkeit präzisiert. Angesichts der Geldmassen, die jetzt bei der Corona-Pandemie bereitgestellt werden können, um die Wirtschaft zu retten, sollte man die Forderung aufstellen, dass dann auch ebenso viele Mittel bereitgestellt werden müssen, um das Klima zu retten. Letztlich werden die Verluste an Menschen ungleich höher sein, wenn die Erderhitzung ganze Völkerschaften hinwegrafft.

Das beschlossene Programm ist so konkret wie ein Angebot für Koalitionsverhandlungen oder gar wie ein Regierungsprogramm. Jedenfalls können alle Linken beruhigt sein, dass es mit diesem Programm zu keinen Kniefall gegenüber Grünen oder SPD geben kann, wenn alle MdBs der LINKEN dahinter stehen. Als Grundlage

für eine angriffsorientierte Oppositionsarbeit ist das eine sehr gute Grundlage für weitere Legislaturperioden.

Neben der grundsätzlichen Zustimmung zu allen Vorschlägen gibt es natürlich auch im Detail noch Lücken und Mängel, die nicht unausgesprochen bleiben dürfen. Es wird berechnet, dass Deutschland entsprechend der Pariser Klimaziele mit der 1,5-Grad-Grenze zukünftig nur noch 3,7 Mrd. t/a Kohlendioxid-äquivalente (Treibhausgase) ausstoßen darf. Aktuell sind es aber noch 811 Mio. t/a. Die riesige Differenz von Soll und Ist wird als Wirtschaftsaufgabe für die nächsten 20 Jahre in den Zielstellungen ungenügend thematisiert und nur die offiziellen Ziele der Regierung (minus 55 % bis 2030), die nicht eingehalten werden, als Maßstab herangezogen.

Der Umbau der Automobilindustrie, weg von Verbrennungsmotoren und Getrieben bis 2030, hin zur Elektromobilität wird zu wenig mit konkreten Vorschlägen untersetzt, wie z. B. nur noch Autos zulassen, die 300 kg schwer sind, Bau von Oberleitungsbussen, um den innerstädtischen ÖPNV schnell und kostengünstig zu entwickeln, Serienfertigung von einsitzigen wettergeschützten 3-Rad-Fahrrädern, die einen elektrischen Antrieb haben und bis zu 50 km/h schnell fahren usw. Bei der Entwicklung des Radverkehrs werden kaum Vorschläge gemacht, wie denn „sichere und attraktive Wege“ aussehen sollen. Warum nicht einen kreuzungsfreien Radverkehr in Großstädten fordern?

Bei der Energiewende wird das Problem der Energiespeicherung nur ungenügend behandelt. Der diskontinuierliche Anfall der Sonnenenergie verlangt die Lösung dieses Problems schon jetzt und nicht erst bei 100%iger Versorgung mit erneuerbarer Energie. Gasturbinen als Zwischenlösung sind zwar ein bekannter Vorschlag, lösen das Problem jedoch nicht grundsätzlich. Die Frage der Speicherung der erneuerbaren Energien dezentral oder zentral, batteriebasiert oder über Power-to-Gas sollte schon Eingang in das vorliegende Dokument finden.

Es könnten noch weitere mehr oder weniger notwendige Ergänzungen vorgeschlagen werden, die aber die Gesamtaussage und die gemachten Vorschläge nur unbedeutend ergänzen würden. Insgesamt gesehen sind die Vorschläge aus einem Guss und ausreichend, um linke Standpunkte ausführlich genug darzulegen.

Es ist zu hoffen, dass dieses Kompendium linker Politik Grundlage für die politische Arbeit der Linkspolitiker in Kommunen und Landtagen wird und auch die politische Linie der Parteiführung und des Parteivorstandes beeinflusst.

## Broschüren zum Thema Militär und Umwelt

Die Ökologische Plattform hat zu diesem Thema bisher insgesamt drei Broschüren herausgegeben.

„Im Krieg und im Frieden – Militär vernichtet Umwelt“ war die erste dieser Veröffentlichungen“, die als Heft 2/2011 in der Reihe „Beiträge zur Umweltpolitik“ erschienen ist und dieser Tage als Heft 19 aktualisiert wieder aufgelegt werden wird.

Auch die Vorträge einer von der ÖPF organisierten Tagung vom 26. 11. 2011 zum Thema wurden in den Beiträgen als Heft 5 „Im Frieden und im Krieg – Militär zerstört Natur“ publiziert.

Jetzt ist eine neue Broschüre als Heft 32 in der Reihe erschienen, die sich u. a. mit der Frage der Konversion, d. h. also der Umstellung der Produktion auf eine zivile Fertigung, der Umwidmung aller militärisch verwendeten Ressourcen für zivile Zwecke befasst: „Militär und sozial-ökologische Konversion“. Der Beitrag „Ökologische Konversion von militärischen Liegenschaften“ in dieser Tarantel ist inhaltlich aus dieser Broschüre entlehnt.

Diese Broschüren sind unter [www.oekologische-plattform.de/publikationen/broschurenreihe-beitrage-zur-umweltpolitik/](http://www.oekologische-plattform.de/publikationen/broschurenreihe-beitrage-zur-umweltpolitik/) verfügbar.

Auch die Bundestagsfraktion der LINKEN hat in diesem Jahr mit der Broschüre „Das Militär: Tödlich auch für Umwelt und Klima“ die Umweltaspekte im Kontext von Nachhaltigkeit und wachsender Militarisierung, gerade auch im Zusammenhang mit den globalen Nachhaltigkeitszielen der UNO-Agenda 2030, bearbeitet.

Diese Broschüre kann unter [www.linksfraktion.de/publikationen/detail/das-militaer-teodlich-auch-fuer-umwelt-und-klima/](http://www.linksfraktion.de/publikationen/detail/das-militaer-teodlich-auch-fuer-umwelt-und-klima/) heruntergeladen werden.



## Bildnachweis

- Titel Hermann Franz, Juli 2020
- S. 15 Bundestagsfraktion DIE LINKE „Das Militär: Tödlich auch für Umwelt und Klima“, S. 28
- S. 20 Bundestagsfraktion DIE LINKE „Das Militär: Tödlich auch für Umwelt und Klima“, S. 30
- S. 22 [www.linksfraktion.de/publikationen/detail/das-militaer-teodlich-auch-fuer-umwelt-und-klima/](http://www.linksfraktion.de/publikationen/detail/das-militaer-teodlich-auch-fuer-umwelt-und-klima/)  
[www.oekologische-plattform.de/publikationen/broschurenreihe-beitrage-zur-umweltpolitik/](http://www.oekologische-plattform.de/publikationen/broschurenreihe-beitrage-zur-umweltpolitik/)

## Autoren

- Kathrin Vogler, MdB, friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE
- Prof. Dr. Dr. Götz Brandt, Mitglied im SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform
- Markus Pflüger, AG Frieden Trier
- Karl-Heinz Peil, Redakteur Online-Informationsdienst „Umwelt und Militär“ und „Friedensjournal“
- Prof. Friedrich W. Sixel, Soziologe

## Bundesebene

### Ökologische Plattform

SprecherInnenrat

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin,  
<https://www.oekologische-plattform.de> oder  
[info@oekologische-plattform.de](mailto:info@oekologische-plattform.de)  
Petra Beck, [pcbe@gmx.net](mailto:pcbe@gmx.net)  
Götz Brandt, [Prof.Goetz.Brandt@t-online.de](mailto:Prof.Goetz.Brandt@t-online.de)

**Mitgliedschaft** erklären: <https://www.oekologische-plattform.de/mitgliedschaft/>

### Mailverteiler (Newsletter):

Anmeldung unter <https://www.oekologische-plattform.de/newsletter/>

### Bundestag

Lorenz Gösta Beutin, Ausschuss für Wirtschaft  
und Energie,  
Tel. 030 227-77447, Fax 030 227-70448,  
[lorenz.beutin@bundestag.de](mailto:lorenz.beutin@bundestag.de)

Ralph Lenkert, umweltpolitischer Sprecher und  
Sprecher für Forschungs- und Technologiepolitik,  
Tel. 030 227-72636, Fax 030227-76638,  
[ralph.lenkert@bundestag.de](mailto:ralph.lenkert@bundestag.de)

## Landesebene

### Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Strohberg 36, 70180 Stuttgart,  
[mail@wolfgangkaemmerer.de](mailto:mail@wolfgangkaemmerer.de)

### Bayern

LAG Umwelt, Röntgenstraße 41a, 85055 Ingolstadt,  
[eva@bulling-schroeter.de](mailto:eva@bulling-schroeter.de)

Marianne Selke, [marianne-selke@t-online.de](mailto:marianne-selke@t-online.de)

### Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstraße 5,  
10111 Berlin, Tel. 030 23252550,  
[platta@linksfraktion-berlin.de](mailto:platta@linksfraktion-berlin.de)

### Brandenburg

DIE LINKE Brandenburg, LAG Umwelt, Peter Engert,  
K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde,  
[peterengert@t-online.de](mailto:peterengert@t-online.de)

### Bremen

Helmut Kersting,  
[helmutkersting@die-linke-bremen.de](mailto:helmutkersting@die-linke-bremen.de)

### Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg,  
[g.siegler@web.de](mailto:g.siegler@web.de)

### Hessen

Achim Lotz, Ref. Umweltpolitik, Ressourcen- und  
Naturschutz, Forst, Landwirtschaft und  
Verbraucherschutz, Fraktion DIE LINKE.  
im Hessischen Landtag,  
[a.lotz@ltg.hessen.de](mailto:a.lotz@ltg.hessen.de), Tel. 0611 350 60-87  
Bruno Kern, [fackelkraus@gmx.de](mailto:fackelkraus@gmx.de)

### Mecklenburg-Vorpommern

LAG ÖPF Schwerin, Madeline Cords,  
[madeline\\_cords@posteo.de](mailto:madeline_cords@posteo.de)  
Carmen Ziegler, [carmen\\_ziegler@gmx.net](mailto:carmen_ziegler@gmx.net)

### Niedersachsen

Karsten Färber (LAG ÖPF),  
[Karsten.faerber@kabelmail.de](mailto:Karsten.faerber@kabelmail.de)  
Heinz Preuß (Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstraße 6,  
31787 Hameln, [hpborusso@posteo.de](mailto:hpborusso@posteo.de)

### Nordrhein-Westfalen

Rainer Nickel, Rosa-Luxemburg-Stiftung-Regional  
büro NRW, Hedwigstraße 30-32, 47058 Duisburg,  
[rainer.nickel@rls-nrw.de](mailto:rainer.nickel@rls-nrw.de), Tel. 0203 3177392

### Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Straße 5,  
53474 Ahrweiler,  
[marion-morassi@t-online.de](mailto:marion-morassi@t-online.de)  
Wolfgang Huste, [whuste@aol.com](mailto:whuste@aol.com) (LAG ÖPF RP)

### Saarland

Ralf Georgi, umweltpolitischer Sprecher Im Landtag  
des Saarlandes, Tel. 0681 5002429,  
[r.georgi@landtag-saar.de](mailto:r.georgi@landtag-saar.de),  
[ralf.georgi@linksfraktion-saar.de](mailto:ralf.georgi@linksfraktion-saar.de)

### Sachsen

Marco Böhme, MdL,  
[marco.boehme@linksjugend-sachsen.de](mailto:marco.boehme@linksjugend-sachsen.de)  
Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik),  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,  
01067 Dresden, [jana.pinka@slt.sachsen.de](mailto:jana.pinka@slt.sachsen.de)  
Andreas Naumann, [andreas.naumann@online.de](mailto:andreas.naumann@online.de)

### Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Straße 5,  
06122 Halle, Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt)  
Frank Roßband, [frank.rossband@web.de](mailto:frank.rossband@web.de)

### Schleswig-Holstein

Bernd Friedrich, [friedrich\\_bernd@t-online.de](mailto:friedrich_bernd@t-online.de),  
Augrund 7, 24321 Lütjenburg  
Hans-Jürgen Schulze, [hajueschulze43@gmail.com](mailto:hajueschulze43@gmail.com),  
Öhlmüllentallee 1, 24306 Plön

### Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin ÖPF  
Thüringen, MdL, Agrar- und Regionalpolitik),  
[johanna@scheringer.de](mailto:johanna@scheringer.de), Jürgen-Fuchs-Straße 1,  
99096 Erfurt, Tel. 0151 1172 3000

## linke und ökologische Medien

Neues Deutschland: Uwe Kalbe, Franz-Mehring-Platz 1,  
10243 Berlin, [politik@nd-online.de](mailto:politik@nd-online.de)  
junge welt, Torstraße 6, 10119 Berlin,  
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Branden-  
burg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin,  
Tel. 030 44339147,  
[www.grueneliga-berlin.de/raberalf](http://www.grueneliga-berlin.de/raberalf)





# Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform  
bei der Partei

Nr. 89

Juni  
II/2020

**DIE LINKE.**

## Inhaltsverzeichnis

|                                         |                                                                                                                                    |    |
|-----------------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>Editorial/Impressum</b>              |                                                                                                                                    | 2  |
| <b>Militär und Umwelt</b>               |                                                                                                                                    |    |
| Kathrin Vogler                          | Klima, Krisen, Kriege                                                                                                              | 3  |
| Götz Brandt                             | Zerstörung der Lebensgrundlagen der Zivilbevölkerung durch Krieg                                                                   | 6  |
| Tobias Pflüger                          | Klimaschädliche Emissionen des Militärs                                                                                            | 7  |
| Götz Brandt                             | „Regierungsrohstoffe“ - „Rebellenrohstoffe“                                                                                        | 8  |
| Tobias Pflüger                          | Verteidigungspolitische Richtlinien Deutschlands                                                                                   | 9  |
| Karl-Heinz Peil                         | Ökologische Konversion militärischer Liegenschaften                                                                                | 10 |
| <b>Politik und Gesellschaft</b>         |                                                                                                                                    |    |
| Karl-Heinz Peil                         | Klimawandel und friedenspolitische Diskurse                                                                                        | 13 |
| Götz Brandt                             | Trumps „Krieg“ gegen die Umwelt                                                                                                    | 16 |
| Friedrich W. Sixel                      | Ökologie - unter den herrschenden Bedingungen nicht machbar                                                                        | 17 |
| <b>Bücherecke</b>                       |                                                                                                                                    |    |
| Götz Brandt                             | „Links und rechts kann man nicht verwechseln“? Rechte und linke Positionen zu Ökologie - eine Handreichung für linke AktivistInnen | 21 |
| Götz Brandt                             | Aktionsplan Klimagerechtigkeit                                                                                                     | 21 |
| Broschüren zum Thema Militär und Umwelt |                                                                                                                                    | 22 |
| <b>Bildnachweis</b>                     |                                                                                                                                    | 22 |
| <b>Autoren</b>                          |                                                                                                                                    | 22 |
| <b>Kontaktadressen</b>                  |                                                                                                                                    | 23 |